Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Zeile in Petitschrift 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 234. **Mittag-Ausgabe.** Vierundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Mittwoch, den 21. Mai 1873.**

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

80. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (20. Mai.)

10 Uhr. Am Ministertisch Graf zu Eulenburg.

Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen verlangt der Minister des Innern das Wort: Meine Herren, ich werde die Ehre haben, dem Hause eine Allerhöchste Botschaft mitzutheilen. (Das Haus erhebt sich.) Wir Wilhelm von Gottes Gnaden, König von Preußen u. s. w. haben auf Grund des Art. 77 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 den Präsidenten Unseres Staatsministeriums Grafen von Roon beauftragt die gegenwärtige Sitzung der beiden Häuser des Landtages am 20. d. Mts. zu schließen. Wir fordern deshalb die Mitglieder der beiden Häuser des Landtages auf, am gedachten Tage Mittags 2 Uhr in Unserem Residenzschlosse zusammenzutreten. Gegeben den 19. Mai 1873. Wilhelm.

Präsident v. Forckenbeck: Erlauben Sie mir, dem Herkommen gemäß Ihnen eine kurze Uebersicht über unsere jetzt abgeschlossenen Geschäfte zu geben. Das Haus hat in der gegenwärtigen Session vom 12. November v. J. ab, mithin mehr als 6 Monate getagt. Der Zahl der Plenarsitzungen nach ist die gegenwärtige Session, abgesehen von den Sitzungen der vorigen Session im October v. J.. die umfangreichste seit der Session von 1849—50, in welcher die Revision der Verfassung erfolgte. Die Zahl der Plenarsitzungen beläuft sich auf 80; außerdem haben 90 Sitzungen der Abtheilungen, 214 Commissionssitzungen stattgefunden. Vorgelegt sind dem Hause der Staatshaushaltsetat für 1873 mit Etatsgesetz und 4 Nachträgen, 3 Rechenschaftsberichte über den Staatshaushalt, die Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben für 1871, ein Bericht der Staatsschulden-Commission, eine Allerhöchste Botschaft wegen Wahl zweier Mitglieder einer königlichen Untersuchungscommission über das Eisenbahnconcessionswesen, 62 Gesetzentwürfe sind von der Regierung direct eingegangen, 15 vom Herrenhause herübergekommen, im Ganzen also 77 Vorlagen. Von 65 Vorlagen haben 64 die Zustimmung des Herrenhauses erhalten, 1 ist abgelehnt worden; über 5 hier noch unerledigte Vorlagen liegen die Berichte der Commissionen vor. Von 3 Gesetzentwürfen, die aus dem Hause hervorgegangen sind, sind 2 im Herrenhause angenommen, 1 ist abgelehnt worden.

Aus der Mitte des Hauses sind 23 Anträge eingebracht, von denen das Haus 7 zu den seinigen machte; von diesen bezog sich 1 auf die Geschäftsordnung, 6 sind der Staatsregierung mitgetheilt. Ueber 3 Anträge ging das Haus zur Tagesordnung über, abgelehnt wurde 1; 2 Anträge wurden anderweitig erledigt, 4 zurückgezogen, 6 nicht erledigt. Es wurden 10 Interpellationen eingebracht und von der Staatsregierung beantwortet. Es lagen 32 Berichte von Commissionen, darunter 21 über Petitionen vor; davon sind 18 erledigt. Von 39 Neuwahlen wurden 33 für gültig erklärt, 1 für ungültig, 5 nicht geprüft; 14 Mandate sind zur Zeit erledigt. Petitionen gingen ein 2725, davon wurden 267 der Regierung zur Berücksichtigung resp. Abhülfe oder Erwägung überwiesen, 586 durch vom Hause gefaßte Beschlüsse erledigt, 4 von den Petenten zurückgezogen; 166 durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt; 288 waren zur Erörterung im Plenum nicht geeignet, über 229 liegen die Commissionsberichte vor, 785 sind nicht zur Berathung gelangt, von den letzteren sind 130 erst in neuester Zeit eingegangen, 200 berühren ein und denselben Gegenstand, die Anerkennung der Schleswig'schen Zwangsanleihe als Staatsschuld Preußens. Und so können Sie denn endlich, m. H., sich wiederum mit mir vereinigen zu dem Rufe der Treue und Ehrerbietung: Seine Majestät der Deutsche Kaiser, unser Allergnädigster König und Herr, er lebe hoch, und nochmals hoch, und wiederum hoch! (Das Haus stimmt lebhaft in den Ruf ein.)

Abg. von Bonin spricht dem Präsidenten und allen Mitgliedern des Bureau's den Dank des Hauses am Schlusse einer überaus anstrengenden und wichtigen Session aus und fordert es auf, sich von seinen Sitzen zu erheben, was auch geschieht.

Präsident von Forckenbeck: Ich danke dem ganzen Hause herzlich für die wahrhaft wohlwollende Unterstützung, die es mir in der Leitung der Geschäfte zu Theil werden ließ; ebenso meinen beiden Herren Collegen im Präsidium, den Schriftführern und den Quästoren für die stets bereitwillige Unterstützung, die sie mir haben zu Theil werden lassen. Ich schließe die Sitzung.

Schluß 11½ Uhr.

36. Sitzung des Herrenhauses. (20. Mai.)

10¼ Uhr. Anwesend 25 Mitglieder. Am Ministertische Graf Roon.

Das Haus überweist zunächst die Petition des Pfarrers Brzoska zu Osterode wegen Bewilligung eines angemessenen Gehaltes für die Local- und Kreisschul-Inspectoren der Staats-Regierung zur Berücksichtigung.

Darauf verliest der Minister-Präsident die Allerhöchste Botschaft, betreffend die Schließung der Session.

Aus der weiteren Berathung über Petitionen ist von Interesse eine Petition des landwirthschaftlichen Vereins zu Demmin, die Staatsregierung zu veranlassen, daß bei Streitigkeiten zwischen ländlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die Polizeibehörden für befugt erklärt werden, die Arbeiter zur Ausführung der durch mündliche Vereinbarung übernommenen Arbeiten zu zwingen.

v. Kleist-Retzow: Das mobile Capital wird durch die ganze Gesetzgebung fortwährend in der eminentesten Weise bevorzugt gegenüber dem immobilen Capital, dem Grundbesitz; vor Allem bereits in den Steuern. Das mobile Capital ist mit 2 und 3 Procent besteuert, das immobile Capital aber ist vermöge der Grund- und Gebäudesteuer und bei der feststehenden Thatsache, daß die Hälfte bis zu drei Viertel des Werthes alles Grundbesitzes tief verschuldet ist, durchschnittlich mit 14 bis 20 Procent seines Werthes besteuert. Nach allen Richtungen hin wird das mobile Capital fortwährend entfesselt, der Grundbesitz aber widernatürlich eingeengt. Dazu kommen nun namentlich in den letzten Jahren die Leiden in Folge der Auswanderung der ländlichen Arbeiter besonders in den nord- und nordöstlichen Provinzen, eine Erscheinung, die bereits jetzt einen solchen Charakter angenommen hat, daß sie die ganze Bewirthschaftung der Güter wesentlich erschwert. Drei Gründe sind, welche diese bedrohliche Erscheinung der Auswanderung bewirken. Der erste Grund ist die Nähe des Meeres. Das Meer lockt die an den Küsten Wohnenden zu Seefahrten und zur Ueberschreitung des Meeres. Der zweite Grund, das sind die Schreiben der Ausgewanderten an die Zurückbleibenden. Es kamen Briefe der Art: „Wir brauchen hier in Amerika vor keinem Gutsbesitzer den Hut abzunehmen; wir brauchen hier vor keinem Inspector gerade zu stehen. Hier ist es ganz anders wie bei Euch; hier ist ein freies Land, darum kommt uns nach." Und so, meine Herren, werden die Leute nachgezogen.

Der dritte Grund, das ist die traurige Thatsache, daß in der gegenwärtigen Zeit Jedermann in allen Klassen der Gesellschaft das Bestreben hat, möglichst schnell ohne viel Arbeit reich zu werden durch ein gewagtes Geschäft. Und darum unternehmen auch die Arbeiter das gewagte Geschäft, nach Amerika zu gehen; denn der Lohn ist in der That dort viel höher als bei uns. Wie ist nun hiergegen anzukämpfen? Es ist wohl ganz richtig, wenn der neulich hier versammelte Verein der ländlichen Grundbesitzer gesagt hat, man muß den Tagelöhnern und Landarbeitern die Heimath mehr lieb und werth machen und der Staat kann gewiß das Seine dazu beitragen durch Eisenbahnbau, durch Straßen- und Chausseebau. Aber vor Allem muß die Gesetzgebung den Grundbesitz befreien von seiner Ueberbürdung und dem Druck namentlich durch die Veranlagung der Grundsteuer. Die Gesetzgebung muß dem Grundbesitz wieder gestatten, Erbzinsgüter und Erbpachtgüter anzulegen, sie muß dem Grundbesitz die völlige Freiheit der Testamentsverfügung wiedergeben. Nur so kann der Calamität abgeholfen werden. Es ist mir ganz unbegreiflich, wie die Regierung so gar nichts dazu thut, wie die Regierung ruhig zusieht, wenn in allen Kreisblättern immer Hunderte und Aberhunderte gesucht werden, die sich dem Militärdienst entzogen haben durch Auswanderung nach Amerika. Das Schlimmste ist die Leichtigkeit, mit der die Leute jetzt nach Amerika hinkommen können. Dadurch wird eine Zügellosigkeit in Bezug auf die bestehenden Privatverhältnisse und ein Geist der Unbotmäßigkeit gegen die vorgesetzten Behörden herbeigeführt, der die allergrößte Schädigung des Ansehens der Obrigkeit bewirkt. Es sollte kein Schiff aus einem deutschen Hafen abgehen, bevor nicht ein Commissarius der Regierung es gründlich untersucht hat, ob auch keine Auswanderer drin sind. Ferner sollte Keiner auswandern dürfen ohne Paß, und dieser Paß sollte Keinem gegeben werden, bevor er nicht alle seine bürgerlichen Pflichten erfüllt hat.

Die Petition wird der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Abg. Graf zur Lippe bringt hierauf den Antrag ein, das Herrenhaus wolle beschließen, die Marmorbüsten der beiden letzten verstorbenen Präsidenten Graf zu Hohenlohe und Graf Stolberg im Hause aufstellen zu lassen und das Gesammtpräsidium mit der Ausführung dieses Beschlusses zu beauftragen. Der Antrag wird durch Acclamation angenommen.

Herr v. Franckenberg-Ludwigsdorf bringt sodann Namens des Hauses dem Präsidenten Graf Stolberg den Dank des Hauses dar für seine umsichtige und geschickte Leitung der Verhandlungen. Das Haus stimmt diesen Worten durch Erheben von den Sitzen bei.

Präsident Graf Stolberg spricht seinen Dank für diese ehrende Anerkennung aus und giebt eine Uebersicht über die Geschäftsthätigkeit des Hauses. Das Herrenhaus hat in 36 Plenarsitzungen 58 Gesetzentwürfe erledigt, davon waren ihm 16 von der Regierung und 42 vom Abgeordnetenhause zugegangen; abgelehnt 2 Gesetzentwürfe (die Aufhebung der Zeitungs- und Kalendersteuer, die Betheiligung der Beamten an Actiengesellschaften), erledigt 2 Interpellationen und 250 Petitionen. Der Präsident schließt die Sitzung mit einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser und König, in welches die Versammlung lebhaft einstimmt. Schluß 1¼ Uhr.

Um 2 Uhr wurde die Session des Landtags im Weißen Saale durch den Ministerpräsidenten Grafen v. Roon geschlossen. Von den Mitgliedern des preußischen Staatsministeriums waren Fürst Bismarck, Falk und Achenbach nicht anwesend. Der Thron war verhüllt, die Loge des Hofes und der Diplomatie leer, die für das Publikum bestimmte Tribüne mäßig besetzt, die Versammlung sehr viel weniger zahlreich, als sie sonst bei ähnlichen Akten zu sein pflegt. Nachdem Graf Roon die Schlußrede im Allerhöchsten Auftrage verlesen hatte, brachte der Präsident Graf Stolberg das Hoch auf den Kaiser und König aus, in das die Versammlung lebhaft einstimmte.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

36. Sitzung des Reichstages. (20. Mai.)

10½ Uhr. Am Tische des Bundesrathes Delbrück, v. Kameke u. A.

Die dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Geldmittel zur Umgestaltung der deutschen Festungen, giebt dem Abg. Krüger (Hadersleben) Gelegenheit, an Artikel 5 des Prager Friedens zu erinnern und gegen den Ausbau der Festung Sonderburg-Düppel in Nordschleswig zu protestiren, der der Ausführung jenes Art. 5 präjudiciren würde. Bis heute sei die Willensmeinung der Bevölkerung durch Abstimmung noch nicht befragt, obwohl der Reichskanzler im preußischen Landtage die gegenwärtige Grenze als eine provisorische bezeichnet habe. Man verbreite zwar die Nachricht, daß Oesterreich und Preußen darin übereingekommen seien, Art. 5 des Prager Friedens für null und nichtig zu erklären, aber eine officielle Kundgebung darüber fehle bisher und jene Nachricht scheine nur verbreitet zu werden, um die nordschleswigsche Bevölkerung von ihren nationalen Bestrebungen abzuschrecken.

Abg. Ewald: Das Gesetz geht von dem Grundsatze aus, ebenso wie das Invalidenfondsgesetz, daß der Staat mit den ihm anvertrauten Geldern Handel treiben soll. In Egypten zwar ist der Pascha der erste Kaufmann des Landes (Heiterkeit); aber in civilisirten Staaten kommt es hier zum erstenmal vor, ein neues Zeichen, wie die Geld- und Börsenspeculationen unser Zeitalter beherrschen. Nun sind zwar Behörden niedergesetzt, um die Gelder zu verwalten, aber das ist nur eine neue Vermehrung der Bureaukratie, welche schon Herr v. Stein verdammt hat, jener große Staatsmann, der freilich nicht so viel ausgerichtet hat, wie man ihm zuschreibt, und auch nicht so viel ausrichten konnte, weil er nur ein einziges Jahr an der Spitze der preußischen Staatsverwaltung stand, der aber den werthvollen Ausspruch gethan hat, daß alle Bureaukratie ein Fehler sei. Das deutsche Reich, dieser babylonische Thurm, ist immer noch nicht fertig; in diesen ungeheuren Fonds will man kleinere Thürme errichten, welche die Sinne der Völker blenden sollen. (Heiterkeit.) Die Urquelle dieser Gesetze ist die französische Kriegscontribution; die Regierung hätte von Anfang an einen übersichtlichen Plan vorlegen müssen, wie diese Gelder verwandt werden sollen. In der Hauptsache dienen sie nur kriegerischen Zwecken und dagegen muß ich stimmen.

Darauf wird das ganze Gesetz fest einstimmig angenommen.

Es folgt die Berathung des Antrags der Abgg. Tellkampf und Genossen, welcher die Regierung auffordert: in Gemäßheit des Artikels 4 Nr. 3 und 4 der Reichsverfassung und in Verfolg des Gesetzes vom 27. März 1870, betreffend die fernere Ausgabe von Banknoten, baldmöglichst ein Gesetz über das Bankwesen vorzulegen, durch welches die Cirkulation nicht mit Metall gedeckter Noten regulirt und begrenzt, über die Befugniß zur Ausgabe vollgedeckter Noten Bestimmung getroffen und die Frage, ob und unter welchen Bedingungen eine Reichsbank errichtet werden soll, entschieden wird.

Abg. Tellkampf führt aus, daß die Gefahr, welche in der Circulation einer großen Masse nicht baar gedeckter Banknoten liege, in den Motiven zu dem Gesetze über Prägung der neuen Goldmünzen vom 4. Dezember 1871 anerkannt sei, ebenso der untrennbare Zusammenhang zwischen dem jetzt berathenen Münzgesetze und dem Bankgesetz. Zu jener Gefahr trete noch die Besorgniß hinzu, daß die große Vermehrung der Circulationsmittel durch die Zahlung der französischen Kriegscontribution und die Ausgabe der neuen Goldmünzen neben den Banknoten und dem Staatspapiergelde unter gewissen Umständen zur Ausfuhr des Goldes führen, den Uebergang zu der beschlossenen Goldwährung erschweren und vertheuern, ja auf lange Zeit unthunlich machen oder sehr große Verluste herbeiführen könne. Die Angelegenheit sei daher eine sehr dringende. Der Umstand, daß eine Einschränkung der papiernen nicht baar gedeckten Zahlungsmittel von der Ausgabe einer genügenden Menge Goldmünzen abhängig betrachtet werde, dürfe den Erlaß des Bankgesetzes nicht aufhalten, sondern könne nur Einfluß auf die in dem Bankgesetz festzusetzenden Termine haben. Vor Allem thue endliche Klarheit und Sicherheit in der Bankfrage Noth.

Abg. Augspurg befürwortet den Antrag aus denselben Gesichtspunkten.

Bundes-Commissar Geh. Rath Michaelis: Die Regierung erkennt die Regelung der Bankfrage als eine der dringlichsten Aufgaben an. Sie beschäftigt sich bereits mit der Ausarbeitung eines bezüglichen Gesetzentwurfs und wird denselben in der nächsten Session des Reichstages vorlegen.

Abg. v. Loë: Für mich ist die Bankfrage sehr einfach zu regeln, ihre Lösung besteht in den kurzen Worten: Kein ungedecktes Papiergeld! Die Freunde desselben sagen freilich, daß es den legitimen Handel befördere, doch das ist nur eine jener allgemeinen Phrasen, welche die große Menge verblüffen, aber nichts beweisen. Was soll denn für ein Unterschied sein zwischen legitimem und illegitimem Handel? Ich kenne keinen, das Handelsgesetz und das Landrecht gleichfalls nicht. Die Herren Nationalliberalen scheinen die Regierung in dem Bestreben unterstützen zu wollen, die Preußische Bank zur Reichsbank zu machen. Ich würde es sehr bedauern, wenn auf diesem Weg ein colossaler Unfug von Preußen auf's Reich übertragen werden sollte. (Heiterkeit.)

Abg. Rohland befürwortet dagegen eine Reichsbank und die Creirung eines einheitlichen Reichspapiergeldes, um die Zettelbanken, diese Blutegel, welche an dem wirthschaftlichen Leben Deutschlands saugen, zu beseitigen. Eine kleinstaatliche Zettelbank, die „Mitteldeutsche Creditbank" in Meiningen zahle den Betrag der zur Einlösung präsentirten Noten nicht voll aus, wenn ein Stück an dem Papier fehle, (Hört! Hört!) ein Vorgang, der an das seiner Zeit in Oesterreich übliche Zerreißen der Noten und an den Wahlspruch des ehrenwerthen Töpfergewerbes erinnert: je mehr Buch, desto besser der Verdienst. (Heiterkeit.)

Abg. v. Goppelt erkennt den Mißbrauch an, welcher in der Praxis gewisser Banken herrscht, Noten in einem Betrage zu emittiren, der ihr Capital 3—6mal übersteigt. Dennoch könne er in die absolute Verurtheilung jeder Ausgabe ungedeckter Noten nicht einstimmen. Eine rationelle Emission vermehre die Zahl der im Verkehr cursirenden Werthe, ohne den Werth des Geldes herabzudrücken, zudem sei die vorübergehende Ausgabe ungedeckten Papiers für einzelne industrielle Unternehmungen ein Bedürfniß.

Abg. v. Unruh: Ich will zur Genugthuung des Abgeordneten v. Loë constatiren, daß es tüchtige Volkswirthe giebt, welche nicht zur nationalliberalen Partei gehören. Ebenso wollen viele Nationalliberale, was Herrn v. Loë vielleicht noch mehr verwundern wird, nichts von einer Reichsbank und noch weniger von der Erweiterung der Preußischen Bank zu einer solchen etwas wissen. Ueberhaupt ist die Bankfrage glücklicher Weise einmal eine von denen, auf deren Entscheidung die Parteistellung der Mitglieder des Hauses einflußlos ist. Der Antrag in seiner Fassung beabsichtigt gar nicht die Streitfrage über die Ausgabe ungedeckter Noten zu entscheiden, und deshalb ist auch heute eine eingehende Besprechung derselben zwecklos. Er bezweckt nur, zu verhindern, daß die Vorlegung des Bankgesetzes in infinitum vertagt werde. Denn eine baldige Entscheidung liegt gerade in Jedermanns Interesse, mit Ausnahme derjenigen Elemente außerhalb dieses Hauses, denen das heutige trübe Fahrwasser zusagt. Nach der bereitwilligen Zusage der Bundesregierungen glaube ich von einer eingehenderen Motivirung des Antrages absehen zu können.

Wir werden noch einmal das provisorische Gesetz vom März 1870 prolongiren müssen, ich möchte indessen zugleich darauf aufmerksam machen, daß, wenn uns die nächste Session das versprochene Gesetz nicht sofort bringt, dem Reichstag vielleicht die Geduld zu weiteren Prolongationen fehlen möchte. Ich theile nicht die Meinung derjenigen, welche erst die neuen Goldmünzen in alle Adern des Verkehrs eindringen lassen wollen, ehe sie an die Lösung der Bankfrage herantreten; wir werden uns unser Gold gar nicht ohne die entsprechenden Bestimmungen über die Emission von Banknoten erhalten können. Ich erinnere nur an die jüngsten Vorgänge in Wien und auch hier in Berlin, wenn sich auch die Wirkungen der Wiener Krisis hier nur in abgeschwächter Weise fühlbar machten: dort steht man leider im Begriff statt den Schaden zu heilen, ihn durch die Ausgabe ungedeckter Banknoten zu überkleistern. Die Folgen einer neuen Krisis dürften auch für Berlin unberechenbar sein. Um so mehr liegt für uns das Bedürfniß einer schleunigen Regelung des Bankwesens vor.

Der Antrag wird fast einstimmig angenommen.

Das Haus tritt nunmehr in die Discussion des Antrages des Abgeordneten Petersen und Genossen: „Den Reichskanzler aufzufordern, dem Reichstage baldmöglichst den Entwurf zu einem Gesetze über den Schutz der Fabrik- und Waarenzeichen vorzulegen.

Abg. Petersen: Der Schutz der Waaren- und Fabrikzeichen bestand in Frankreich schon vor der Revolution und wurde 1847 durch ein Gesetz aufs Neue regulirt. Der Fabrikant brauchte die Marke nur in der Kanzlei der Amtsgerichte zu deponiren, um gegen jede Nachahmung geschützt zu sein; wenn eine Fälschung vorkommt, so tritt die Entschädigungspflicht ein. Aehnliche Gesetze existiren in Oesterreich seit 1858, in England seit 1862, in Amerika, Belgien und Rußland. In Deutschland existirt ein so umfassendes Gesetz nur für Bayern und die preußischen Rheinprovinzen; für das übrige Deutschland ist nur der Firma und dem Namen des Fabrikanten ein solcher Schutz gewährt. Der Bundesrath hat den Erlaß eines solchen Gesetzes abgelehnt, weil ein Bedürfniß nicht vorliege, trotzdem der deutsche Handelstag von 1868 sich dringend dafür ausgesprochen hat. Es ist auch gesagt worden, man könne ja der Marke die Firma hinzufügen, um die Bestimmung des Strafgesetzbuches in Kraft treten zu lassen. Es ist aber nicht immer möglich, besonders bei kleineren Fabrikaten, Werkzeugen u. dgl. Die ganze langathmige Firma mancher Industriegesellschaften anzubringen: z. B. Preußische patentirte Actiengesellschaft für Werkzeugfabrikation u. s. w. Besonders aber ist eine Handelsmarke für den Weltmarkt nothwendig, denn der Käufer versteht nicht immer die deutsche Sprache.

Der Bundesrath meint, so bedeutend sei unser Export nicht, daß es dazu eines eigenen Gesetzes bedürfe; er ist doch in letzterer Zeit so ausgedehnt, daß man ihm einen Schutz nicht verweigern kann. Aber selbst wenn man die Firma hinzufügt, genügt es noch nicht; man hat alle Johann Maria Farina, die es in der Welt gab, aufzutreiben gesucht, um unter ihrem Namen der berühmten Kölnischen Firma Concurrenz zu machen. In einem solchen Falle kann nur die Fabrikmarke unterscheiden und deren Nachahmung ist nicht strafbar. Kosten können bei einer Regulirung dieser Frage nicht entstehen; denn selbstverständlich muß bei Deponirung der Marke eine Gebühr gezahlt werden, die die Kosten deckt. Besonders für Elsaß-Lothringen ist diese Frage von Wichtigkeit, weil dort aus der französischen Zeit her ein Markschutz besteht. Eine internationale Wichtigkeit hat diese Angelegenheit insofern, als der Schutz natürlich auch auf die Marken ausländischer Fabrikanten ausgedehnt werden müßte. Man hat zwar einen Vortheil darin sehen wollen, daß ausländische Marken in Deutschland ungestraft nachgeahmt werden können, aber es ist gegen alles Rechts- und Ehrgefühl, wenn auf einem so illoyalen Wege dem Auslande Concurrenz gemacht wird.

Bundes-Commissar Geh. Rath Weimann: Wie von dem Vorredner bereits erwähnt worden ist, hat die Materie dem Bundesrathe vorgelegen; er ist aber zu dem Resultat gekommen, daß der Nachweis eines Bedürfnisses nicht geführt sei. Die Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches genügen vollkommen; denn es werden keine großen Schwierigkeiten entstehen, wenn man die Firma der Marke hinzufügt. Sollte das Haus sich der Aufforderung des Antragstellers anschließen, so würde der Bundesrath allerdings die Angelegenheit einer nochmaligen Erwägung unterziehen müssen.

Abg. Braun (Gera): Es giebt eine ganze Reihe von Fällen, wo eine Firma nichts nützt; Deutschland fabricirt für ganz wilde, halbwilde und mehr oder weniger civilisirte Völkerschaften, die bei Firmen nicht studiren können. Dann steht zwischen den Producenten und Consumenten noch der Unterhändler, dem es oft wünschenswerth ist, daß man seine Bezugsquellen nicht kennt; diese sind aber an der Firma leicht zu erkennen, nicht so leicht an der Fabrikmarke. Es giebt da Zeichen und Worte, die weder Namen noch Firma sind, z. B. La Ferme. Diese Frage ist auch nicht mit der Patentgesetzgebung verwandt, denn die Rechts- und Nützlichkeitsgründe sind hier viel klarer und die Ausführung leichter.

Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus um 1¼ Uhr bis Freitag 2 Uhr. (Tagesordnung: Petitionen und die restirenden Paragraphen des Kriegsleistungsgesetzes.)

Berlin, 20. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Wirklichen Geheimen Kriegsrath Meyer, Militär-Intendanten des VII. Armee-Corps, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Rittmeister von Poncet im 1. Leib-Husaren-Regiment Nr. 1, kommandirt als Adjutant zur 22. Division, und dem Premier-Lieutenant Freiherrn von und zu Egloffstein, persönlichen Adjutanten Sr. Hoheit des Herzogs von Sachsen-Altenburg, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Major Baumbach, persönlichen Adj. Sr. Hoh. des Herzogs von Sachsen-Altenburg und dem Major von der Armee von Hagen den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Vize-Wachtmeister Gaede in der Leib-Gend'armerie den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse und dem Bezirks-Feldwebel Gutendorf im 2. Bataillon (Marburg) 3. Hessischen Landwehr-Regiments Nr. 83 das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Berlin, 20. Mai. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen im Laufe des heutigen Tages die Vorträge des Polizei-Präsidenten von Berlin, des Chefs der Admiralität und des Chefs des Militär-Cabinets entgegen. Se. Excellenz der General-Lieutenant z. D. von Wittig hatte die Ehre, empfangen zu werden.

Gestern Nachmittag empfingen Se. Majestät den Prinzen Friedrich Wilhelm Königliche Hoheit und Höchstdessen Gouverneur, den General von Gottberg, unmittelbar nach der Rückkehr aus Wien. (R.-Anz.)

[An der Fahrt nach Bremen] werden von hier ab 335 Personen sich betheiligen; in Bremen selbst werden sich noch 50 Theilnehmer anschließen. Der Präsident des Reichstages, Dr. Simson ist durch seine Erkältung verhindert, die Festfahrt mitzumachen. Fürst Bismarck nimmt gleichfalls nicht Theil. Dagegen machen die Fahrt mit Graf Moltke, die Minister Delbrück, Stosch, Leonhardt, der baierische Justizminister Dr. Fäustle, der würtembergische Justizminister v. Mittnacht, der badische Finanzminister Ellstädter, und die kleinstaatlichen Minister v. Bülow und v. Flottwell, die Ministerialräthe Weishaupt, v. Philippsborn, Hasselbach u. A.

[Das soeben veröffentlichte 3. Heft des von der kriegsgeschichtlichen Abtheilung des Großen Generalstabes redigir-

ten Werks: Der deutsch-französische Krieg 1870 bis 1871], stellt die beiden gleichzeitigen Eröffnungsschlachten von Wörth und Spicheren dar. Die Schlußbetrachtung enthält das allgemein Wichtige über dieselben, charakterisirt jede einzelne und vergleicht sie kurz und treffend mit einander. Die Schlacht von Wörth gliedert sich einfach und in größere Abschnitte als die von Spicheren. Unter den Episoden und deren Schilderungen sind zu nennen: die Vernichtung der Kürassier-Brigade Michel bei Wörth und der Tod des Generals François bei Spicheren. Zum ersten Mal sind auch Holzschnitte im Text angewandt, um Stellung und Bewegung der Truppen in den einzelnen Momenten der Schlacht darzustellen. Außerdem sind zwei große Karten beigegeben.

= [Die Kirchengesetze] sind soeben in einem correcten Abdruck in 8° zu dem Preise von 3 Sgr. im Verlage der Königl. Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei (R. v. Decker) erschienen. Das Heft enthält: Gesetz, betreffend die Abänderung der Artikel 15 und 18 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850. Vom 5. April 1873. — Gesetz über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen. Vom 11. Mai 1873. — Gesetz über die kirchliche Disciplinargewalt und die Errichtung des Königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten. Vom 12. Mai 1873. — Gesetz über die Grenzen des Rechts zum Gebrauche kirchlicher Straf- und Zuchtmittel. Vom 13. Mai 1873. — Gesetz, betreffend den Austritt aus der Kirche. Vom 14. Mai 1873. Es dürfte die Zusammenstellung dieser wichtigen Gesetzgebung sehr willkommen sein.

[Aus Kassel] wird gemeldet, daß der Cultusminister Dr. Falk, der seit dem 17. dort verweilt, Conferenzen abhalte, welche sich auf die Installirung des Gesammtconsistoriums bezögen. Der Umstand, daß der Landrath v. Weyrauch neben dem Regierungspräsidenten von Hardenberg eine Conferenz mit dem Minister gehabt hat, dient fortgesetzt als Anhaltspunkt für die Vermuthung, daß Herr v. Weyrauch zum Consistorialpräsidenten ausersehen sei.

[Der in Aussicht genommene Präsident des hessischen Consistoriums.] Nach Meldung der „H. Mztg." wird der conservative Landrath von Weyhrauch in Kassel Präsident des hessischen Consistoriums werden. Weß Geistes Kind derselbe, theilt die „Sp. Z." in Folgendem mit: von Weyhrauch war Cabinetsrath des Ex-Kurfürsten, befand sich 1866 im auswärtigen Ministerium und formulirte in dieser Stelle die Kurhessische Abstimmung am Bundestage. In die hessische Provinzial-Synode aus landesherrlichem Vertrauen berufen, stimmte er stets mit der äußersten Rechten und legte am Schluß der Synode hinter deren Rücken mit einer Anzahl Geistlichen Protest gegen verschiedene Beschlüsse bei dem Minister ein. Bei den Wahlen zum Reichstag arbeitete er gegen die Wahl des Ober-Appellations-Gerichtsraths Dr. Bähr und für den Grafen Berlepsch, einen Kreuzzeitungsmann vom reinsten Wasser. Die Wahl Weyhrauchs würde in Hessen bei allen national- und in kirchlichen Dingen synodal-gesinnten Leuten eben den Eindruck machen, wie die Wahl Lichtenbergs in Hannover.

[Ein wahrhaftes Unicum] unter den vielen Zeitschriften Berlins bildet unstreitig die „Berliner Revue". Das Blatt, sagt die „Gerichtsztg.", entstand in der finstersten Reactionszeit nach 1848 unter Subvention von adeligen Gutsbesitzern und war damals ein ultraconservatives Parteiblatt; jetzt nennt sie sich „social-politisch" und beschäftigt sich von demselben conservativen Standpunkt ausschließlich mit der Social-Demokratie. Der „N. Soc.-Dem." citirt sie denn auch zuweilen und höhnt und hänselt sie nebenbei. Das Blatt erscheint wöchentlich in zwei Bogen, kostet 1 Thlr. 25 Sgr. vierteljährlich und hat 62 — sage zwei und sechzig — Abonnenten, von denen man noch nicht einmal weiß, ob sie alle bezahlen. Es hat hiernach nur 300 bis 400 Thlr. jährliche Einkünfte, denn Inserate enthält es auch nicht, und da uns die Frage doch interessirte: von was für Mittel denn eigentlich dies Blatt lebt? so forschten wir nach und entdeckten zu unserem Erstaunen, daß es von keinem Geringeren, als dem bekannten Geh. Ober-Regierungsrath Hermann Wagener unterhalten wird. Hat er vielleicht die 40,000 Thaler von der Pommerschen Centralbank zu dem löblichen Preßzweck verwandt, die Socialdemokraten zu bekehren? fragten wir. Doch weit gefehlt. Herr Geh. Regierungsrath Wagener bezieht aus dem geheimen Preßfonds circa 6000 Thlr. jährlich, und hiervon wird die „Revue" möglichst billig unterhalten . . . . . Und das geht nun schon wenigstens 12 Jahre lang so fort, so daß das unbedeutende Blatt wohl an 70,000 Thaler Staatsgelder verschlungen hat. Wenn wir auch nicht der strengen Ansicht sind, daß eine Regierung, um ihre eigne Meinung wirksam auszudrücken, gar keine Preßsubventionsgelder ausgeben dürfte, so können wir doch den Nutzen von dieser Subvention, mit unserem Verstand wenigstens, nicht einsehen und müssen sie für eine reine Verschwendung halten.

[Wahlaufruf.] Rheinländische Wähler, welche sich zur Fortschrittspartei zählen, veröffentlichen folgenden Aufruf:

Parteigenossen des Rheinlandes! Im Herbste d. J. stehen Neuwahlen für das Abgeordnetenhaus bevor, welchen im Anfang des nächsten Jahres die Wahlen zum Reichstage folgen werden. Die Fortschrittspartei sieht ihre großen Ziele für die Entwickelung des Staatslebens noch lange nicht erreicht. Es gilt also, aufs Neue sich zum Kampfe zu sammeln und zu rüsten.

Die Unterzeichneten haben daher beschlossen, alsbald auf Bildung von Wahl-Comité's in den einzelnen Wahlkreisen der Provinz und auf die Gewinnung tüchtiger Vertreter für das Abgeordnetenhaus Bedacht zu nehmen. Sie haben einen Provinzialausschuß gebildet, welcher die Aufgabe hat, die Wahlkreise auf Erfordern mit Rath und That zu unterstützen, und sich zu diesem Zwecke mit Vertrauensmännern derselben in Verbindung setzen wird. Wir ersuchen demnach unsere Parteigenossen dringend, sich unseren Arbeiten anzuschließen, ihre Zustimmung durch nachträgliche Unterzeichnung dieses Aufrufs zu erklären und in den einzelnen Wahlkreisen baldmöglichst zur Bildung von Wahlvereinen oder Ausschüssen zu schreiten.

Köln, den 15. April 1873.

[Ueber die protestantische Kirche in Elsaß-Lothringen] schreibt man der „Köln. Ztg.": Außer den zahlreichen kleineren Secten bestehen drei sich schroff gegenüber stehende Hauptparteien, nämlich: die Altlutheraner mit 28 Geistlichen, meistens in Lothringen ansäßig; dann die Anhänger der Augsburger Confession oder die vermittelnde Partei, die sich über den ganzen Elsaß ausbreitet und zu welcher etwa 200 Geistliche zählen, und endlich die extreme Linke, hauptsächlich vertreten in Straßburg. Die Führer dieser Parteien beschränken sich nicht etwa darauf, ihre religiösen Ansichten in den Fachblättern zu vertheidigen und unter sich zur practischen Geltung zu bringen, sondern sie pflanzen ihren Haß in die Gemeinden und hetzen das Volk auf. Der Streit in seiner jetzigen Ausdehnung datirt seit der Besitznahme des Reichslandes. Die Alt-Lutheraner, die, obschon in der Minderzahl, schon längst danach gestrebt hatten, das Kirchenregiment in ihre Hände zu bekommen, glaubten in dem damaligen frommgesinnten General-Gouverneur von Bismarck-Bohlen das Werkzeug zur Ausführung ihrer Plane gefunden zu haben. Sie warfen sich der neuen Regierung kopfüber an den Hals und waren, wie man sich damals auszudrücken pflegte, mit einem Male preußischer als preußisch. Es gelang ihnen auch wirklich, sich in den Vordergrund zu schieben, und unsere protestantische Kirche stand nahe daran, unter ultra-orthodoxe Herrschaft zu kommen, als sich die allgemeine Pastoral-Conferenz an den Fürsten Bismarck wandte, der dann dem intriganten Spiel ein Ende machte. Selbstverständlich schlug daraufhin auch die Deutschfreundlichkeit unserer Orthodoxen in die bitterste Feindschaft um, und an der deutschen Regierung, die man vorher in den Himmel hob, wurde kein guter Fetzen mehr gelassen. Nichtsdestoweniger setzten sie ihr Bestreben, festen Fuß zu fassen, fort, und insbesondere scheuen sie keine Mühe und kein Mittel, sich der im Ober- und Unterelsaß vacant werdenden Pfarrstellen zu bemächtigen, d. h. dieselben mit den Ihrigen zu besetzen. Wo eine Pfarrstelle erledigt wird, schieben sie zunächst einen orthodoxen Vicar vor, dem es dann nicht selten gelingt, einen Theil der Gemeindeangehörigen für sich zu gewinnen. Wird dann die betreffende Stelle dennoch mit einem Angehörigen einer andern Partei besetzt, dann schreitet der Orthodoxe flugs zur Gründung einer lutherischen Gemeinde innerhalb der betreffenden Gemeinde, und dann haben wir, was bei derartigen Fällen nie ausbleiben kann: Zank und Uneinigkeit unter den Bürgern und sogar in den Familien. Das Kirchendirectorium thut alles Mögliche, um den Frieden zu wahren; statt aber dafür Dank zu ernten, wird es von den Orthodoxen nur bekämpft und beschimpft, insbesondere ist der milde und friedliebende Dr. Bruch eine stete Zielscheibe ihrer hämischen Angriffe.

Karlsruhe, 15. Mai. [Die bevorstehenden Wahlen.] Nachdem bisher gelegentlich nur die ultramontane Partei durch ihre Presse in Sachen der bevorstehenden Wahlen franctirirte, erschien nun auch in der „Bad. Corresp.", dem Organ unserer Nationalliberalen, ein Trompetenstoß zur Eröffnung des Wahlkampfes. Der fragliche Artikel, schreibt man der „Elberf. Ztg.", knüpft an den Berliner Aufruf der nationalliberalen Partei, an den Wahlaufruf der Fortschrittspartei und an das Breslauer Manifest an, empfiehlt in zweifelhaften Bezirken das Zusammengehen aller dem Reiche zugethanen Parteien und wendet sich schließlich gegen die Extremen der freisinnigen Parteien, welche in trotzigem, durch nichts zu belehrenden Subjectivismus auf ihren sog. Consequenzen beharren. Da wir als Partei in Baden nichts haben, was sich unter dem Namen Fortschrittspartei aufthun könnte, so kann die Nutzanwendung nur auf die demokratische Partei des Landes gemünzt sein, und da ferner der Schopfheimer Zweig der badischen Demokraten noch stets mit den National-Liberalen ging, wenn er vor die Wahl gestellt war: entweder ein National-Liberaler oder ein Schwarzer, so kann die ganze Auslassung nur gegen die Mannheimer Demokratie gehen. Daß der Mahnruf dort von Wirkung sein wird, bezweifle ich jetzt schon. Es war indessen hohe Zeit, daß einmal ein Signal gegeben wurde, sich in der Sache zu rühren, denn an Baden tritt eine große Wahlaufgabe heran: Einunddreißig Abgeordnete zur badischen zweiten Kammer und vierzehn Reichstagsmitglieder sind zu wählen. Die einunddreißig Landtags-Abgeordneten wurden am Schlusse der letzten Session durch das Loos zum Austritt bestimmt und ist deren Mandat mit dem 1. Juli dieses Jahres erloschen. Von diesen einunddreißig Mitgliedern gehören der national-liberalen Partei fünfundzwanzig, der demokratischen einer und der ultramontanen Partei fünf an. Unter den austretenden National-Liberalen befinden sich u. A. Minister Jolly, der erste Präsident Kirsner, einer der Vicepräsidenten, Herr Eckhard, der langjährige Berichterstatter der Budgetcommission, Herr Friedrich, der Oberingenieur der Gotthardtbahn, Herr Gerwig, endlich die Abgeordneten der Stadt Karlsruhe, die Herren Gutmann, Lang und Nicolai, das austretende Mitglied der Demokratie ist Herr Eichelsdörfer, Mitredacteur der in Mannheim erscheinenden „Landesztg." (Mannh. Anzeiger) ein Self-made-man, der aber auf dem Landtage sich stets im Hintergrund hielt. Die abtretenden Ultramontanen sind die Abgg. Hausjacob, Hofmann, Reichert, Neumann und Schulz. Man sieht, die nationalliberale Partei hat alle Ursache auf ihrer Hut zu sein und sich ihrer Haut zu wehren. Die Schwarzen haben mit ihrer Maulwurfsarbeit nie aufgehört, der Boden ist ziemlich unterwühlt und allgemein nimmt man an, die ultramontane Opposition werde aus dem bevorstehenden Kampfe gestärkt hervorgehen, wenn auch an einen Verlust der Majorität für die national-liberale Partei nie zu denken ist.

Oesterreich.

*** **Wien**, 19. Mai. [Stellung zu Rußland. — Die Börsenderoute.] Oesterreich hat nun einmal in seinen Beziehungen zum Auslande ein merkwürdiges Glück, das seiner Geschicklichkeit in diesen Dingen durchaus gleichkommt. So viel steht fest, gleichviel ob Graf Andrassy persönlich diesen unglaublichen Takt entwickelt, oder ob er gleich seinen Vorgängern die wichtigsten Entschlüsse in der auswärtigen Politik sich von der Hofcamarilla muß über den Kopf zusammenwehen lassen. Da es sich in dem gegebenen Fall um Rußland handelt und Rußland, von dem der Minister einst erklärte, es sei Ungarns einziger und tödtlicher Feind, den es wo immer und mit wem immer angreifen werde: halte ich die eine Eventualität für ebenso möglich, wie die andere. Es ist eine Thatsache, die ja schon im Winter 1872 Graf Andrassy den Delegationen während ihrer damaligen Session verkündigen konnte, daß Rußland unter der Einwirkung der Berliner Dreikaiser-Zusammenkunft und der Intervention Preußens, die panslavistische Propaganda vorläufig an den Nagel gehängt. Da hatten wir nichts Eiligeres zu thun, als Ziemialkowski, den kriegsrechtlich verurtheilten Hauptbeförderer des 63er Polenaufstandes von Galizien aus, ohne jede genügende Veranlassung zum Minister und so dem Fürsten Gortschakoff die Anbahnung eines besseren Verhältnisses zu Oesterreich fast zur Unmöglichkeit zu machen. Was sollte der Staatskanzler thun, wenn russische Blätter im Tone tiefgekränkten Patriotismus erklärten: das komme von seiner deutschfreundlichen Politik — niemals hätte Oesterreich den Muth gehabt, zur Zeit des Kaisers Nicolaus Rußland einen solchen Schlag ins Gesicht zu versetzen? So fand denn, wie man hier in diplomatischen Kreisen wissen will, Kaiser Wilhelm in Petersburg schon eine ziemlich gereizte Stimmung gegen Oesterreich vor. Seitdem ist dieselbe noch um ein Erhebliches gesteigert worden durch die Reise des Erzherzogs Karl Ludwig, jüngeren Bruders Sr. Maj., nach Krakau zur Einweihung der polnischen Akademie und durch die Schmeicheleien, die bei diesem Acte dem polnischen Nationalgefühle aus hohem Munde und bei so feierlich officiellem Anlasse zu Theil geworden sind. Der Besuch, den Se. Kais. Hoh. dem Kosciuszko-Hügel abstattete, ist in Petersburg nicht minder übel vermerkt worden, als der Gebrauch eines politischen Ausdruckes für „Vaterland", worunter kein Pole Oesterreich, sondern jeder nur das alte Jagellonenreich versteht, in der Eröffnungsrede gelegentlich der akademischen Feier. Die nächste Folge dieses Aergers ist die fortwährende Hinausschiebung der kaiserlichen Reise nach Wien und die immer engere Reducirung der Zeit, die der Czar sich hier aufhalten soll. War erst von acht, dann von vier Tagen, die Alexander II. hier verweilen sollte, die Rede: so spricht man jetzt gar nur von 48 Stunden — ja, es war heute selbst davon die Rede, daß die ganze Reise aufgegeben sei. — An der Börse folgt Schlag auf Schlag. Die erste kriminalpolizeiliche Verhaftung ist heute sofort nach Anmeldung des Bankerottes an dem Inhaber eines Börsen-Comptoirs Placht vollzogen worden, der wilde Speculationen an der Börse mit dem Vermögen von Privatpersonen vornahm. Er forderte durch Zeitungsannoncen seit Jahr und Tag für Bildung von Spielgesellschaften unter seiner Leitung auf und will zuletzt mit mehr als 2 Mill. operirt haben, die im Durchschnitte den Interessenten über 20 pCt. abgeworfen haben sollen. Seit gestern bankerott, ward er heute früh eingezogen. Morgenblätter, die auf der dritten Seite seine Verhaftung melden, enthalten auf der vierten Seite noch seine Einladung zur Bildung von Spielgenossenschaften.

Italien.

Rom, 19. Mai. [Die Verhandlungen über das Klostergesetz von der einen Seite, von der andern die verzweifelten Anstrengungen der Clericalen, den Schlag noch in letzter Stunde von den römischen Klöstern abzuwehren, haben, schreibt man der „K. Z.", nicht in Rom allein eine gewisse Aufregung hervorgerufen. So hat in Florenz die Polizei vorgestern drei Maueranschläge confiscirt; durch die erste derselben forderte das clericale Comite zu einer Wallfahrt nach Imprunte auf; die beiden anderen rührten von dem revolutionären Comite her und enthielten Drohungen gegen die Wallfahrer, sowie Beleidigungen gegen die gegenwärtige Regierung, auch wurden verschärfte Maßregeln gegen die Clericalen verlangt. Es wurden vier Verhaftungen vorgenommen. Die Folge von Alledem waren weitere Störungen der öffentlichen Ruhe in der sonst so zahmen und friedlichen Arnostadt. Am folgenden Tage zog eine Volksmenge unter den Rufen: „Nieder mit dem Ministerium, nieder mit den Klöstern" bis vor das Polizeipräsidium. Auf eine an sie ergangene Aufforderung zerstreuten sich die Tumultuanten, von denen mehrere verhaftet wurden. Für Rom selbst hat die Regierung ganz außergewöhnliche Vorsichtsmaßregeln getroffen und die Verstärkung der hiesigen Garnison angeordnet. Fünf Bataillone sind bereits eingetroffen, fünf andere werden erwartet. So ist die Volksvertretung vor jeder Ueberrumpelung und gewaltthätigem Druck gesichert. Die beiden wichtigsten Paragraphen des betreffenden Gesetzes sind mittlerweile schon von der Kammer angenommen worden. Zum zweiten Artikel, dem berüchtigten, der sich auf die Ordensgeneralate bezieht, hatte Ricasoli ein Amendement beantragt, nach welchem dem päpstlichen Stuhle zur Erhaltung der Ordensgeneralate und der Generalanwälte der Orden jährlich 400,000 Francs gegeben werden sollen. So lange der päpstliche Stuhl hierüber nicht verfügt, soll die Regierung den Ordensgeneralen die Verwaltung dieser Summe unter Zuweisung der für ihren Wohnsitz und für ihre Bureaux nothwendigen Oertlichkeiten anvertrauen. Dieses Amendement wurde mit 220 gegen 193 Stimmen genehmigt und hierauf der ganze Artikel angenommen. Nach diesem Erfolge der Regierung kann man die Annahme der ganzen Vorlage als gesichert ansehen.

Rom, 19. Mai. [In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer] wurde bei der Fortsetzung der Berathung der Gesetzesvorlagen über die religiösen Körperschaften von dem Abg. Mantent ein Antrag eingebracht, welcher die vollständige Ausweisung der Jesuiten und der denselben affiliirten Ordensgesellschaften aus dem ganzen Königreiche fordert. Der Minister Lanza bekämpfte die Opportunität dieses Antrages.

Frankreich.

Paris, 18. Mai. [Das rechte Centrum.] Wie sich nachträglich ergiebt, schreibt man der „K. Z.", war die in der gestrigen Versammlung des rechten Centrums herrschende Stimmung eine äußerst anti-thiersche. Selbst die sogenannten „Unentschlossenen", die sonst mehr zu den Periéristen hinneigen, geben äußerst feindliche Gesinnungen kund. Viele Mitglieder dieses Vereins verlangten offen, daß man Thiers sofort stürze und Lambert Sainte Croix meinte: Herr Thiers hat gesagt: „Die Republik wird conservativ sein, oder sie wird nicht sein". Ich sage: „Herr Thiers wird conservativ sein, oder er wird nicht sein." Daß die Orleanisten plötzlich so angreifend vorgehen, und selbst die „Unentschlossenen des rechten Centrums", die Thiers gewonnen zu haben glaubte, sich so entschlossen zeigen, muß dem Umstand zugeschrieben werden, daß der „Homme de principe" plötzlich Concessionen gemacht hat. Die Presse berichtet darüber, wie folgt: „Der Herzog von Bisaccia war beauftragt, drei Fragen an den Grafen von Chambord zu stellen. Die erste betraf den Grafen von Paris, betreffs dessen der Graf von Chambord erklärte, daß er ihn als seinen directen und legitimen Erben betrachte. Die zweite Frage hatte Bezug auf die Beschlüsse, welche die Legitimisten zu fassen hätten, falls die Nationalversammlung ernste Maßregeln zu ergreifen haben würde. In dieser Hinsicht ließ der Graf seine Freunde, welche die Lage besser beurtheilen könnten, als er, vollständig frei. Bei der dritten Frage handelte es sich um den Herzog von Aumale, dem man bekanntlich die Präsidentschaft der Executivgewalt geben will, falls Herr Thiers gestürzt wird oder stirbt. In dieser Beziehung erklärte Graf von Chambord, daß er keineswegs dagegen sei, daß seine Freunde dem Herzog von Aumale ihre Stimmen geben. Sie müßten jedoch an ihre Abstimmung eine Bedingung knüpfen, nämlich vom Herzog von Aumale die Erklärung, daß er kein Prätendent ist und sein kann, daß er nur die Mission annimmt, dem nationalen Willen Achtung zu verschaffen, und daß, wenn das Land die Herstellung der Monarchie will, er keine andere anerkennt, als die von dem Grafen von Chambord repräsentirte.

Spanien.

Madrid. [Aus dem Carlistenkriege.] Nachrichten aus Barcelona vom 16. Mai bestätigen, daß der Brigadier Martinez Campos dem Carlistenführer Saballs eine Niederlage beigebracht hat. Der Erfolg scheint sich jedoch hauptsächlich darauf zu beschränken, daß Saballs auf seinem Rückzuge die aus Mataro mitgenommenen und in einem Landhause eingesperrten neun Geißeln zurücklassen mußte. welche von den Truppen befreit wurden, wobei denn auch die aus 35 Mann bestehende carlistische Bewachung in die Gefangenschaft der Sieger fiel. Der Bürgermeister von Mataro hat 300 Mann Verstärkung verlangt, um gegen einen neuen Ueberrumpelungsversuch gerüstet zu sein. Ein Angriff der Carlisten gegen den Flecken Vilaplana ist durch den tapfern Widerstand der von den Freiwilligen aus Reus verstärkten Bewohner zurückgeschlagen worden. Der Sieg in Aragonien, welchen die Carlisten sich zuschreiben, soll von Tristany über den Obersten Moreno erkämpft worden sein.

Man meldet aus Gerona vom 18. d., daß der General Cabrinety die Carlisten geschlagen hat. An demselben Tage wurde ein Cavallerie-Oberst verhaftet, der sich weigerte, mit beträchtlichen Truppen den mit ermüdeter Mannschaft vor ihm fliehenden Saballs anzugreifen.

Wegen ihres bei Eraul erzielten Erfolges sind Ollo und Dorregaray von ihrem Könige Don Carlos mit hohen Ehren bedacht worden; der eine wurde zum Feldmarschall, der andere zum General-Lieutenant der „königlichen Armee" ernannt.

Amerika.

Newyork, 1. Mai. [Kopfgeld.] Gouverneur Dix hat die Bill, nach welcher das Kopfgeld für Einwanderer von 1 Doll. 50 Cent. auf 2 Doll. 50 Cent. erhöht werden soll, unterzeichnet. Dieser Zuschuß soll dem großen, Einwanderern so ungemein nützlichen Etablissement, 23 Castle Garden, dessen Commissare bisher stets über Defizite klagten, zu Gute kommen. Das Commissariat soll aus acht Mitgliedern bestehen, von denen sechs vom Gouverneur von Newyork ernannt werden und die beiden letzten die Präsidenten der deutschen und irischen Auswanderungsgesellschaft sind. Kranke Einwanderer bleiben nämlich, so lange sie krank oder sonst arbeitsunfähig sind, in Castle Garden. Jedoch darf dies nicht länger als zwei Jahre dauern. Wird diese Zeit überschritten, dann müssen die Kranken in das Armenhaus übersiedeln. Wie weit das Kopfgeld die während der Berathungen über dieses Gesetz geäußerten Befürchtungen bewahrheiten und den

Handel Newyorks zu Gunsten Bostons und Philadelphia beeinträchtigen wird, bleibt abzuwarten.

[Eine Anzahl reicher Juden aus Rumänien] ist hier angekommen, um die nöthigen Vorbereitungen für Begründung einer jüdischen Colonie in Nebraska zu treffen. Der ausgewählte Ort befindet sich südlich von der Hauptstadt Lincoln, am 41. Parallelkreise N. B. Das Land ist fruchtbar, gut bewässert und besonders für den Landbau geeignet. In Newyork hat sich ein jüdischer Verein zum Empfang seiner verfolgten Glaubensbrüder gebildet. Wenn alle Maßregeln getroffen sind, dann soll eine Truppe von 3—5000 Juden über Antwerpen sich nach Amerika begeben, und die Auswanderung wird fortdauern, bis etwa 50,000 übergesiedelt sein werden.

New-York. [Araucanien.] Bekanntlich existirt seit etwa zehn Jahren ein Königreich Araucanien und Patagonien oder des Königs Orélie Antoine. Dasselbe liegt im südlichen Amerika und der König ist ein durchgegangener französischer Advokat, und es ist ihm gelungen, von einigen englischen Kaufleuten Waaren gegen königlich araucanische Bonds einzutauschen. In dem City-Artikel der Londoner „Times“ ist in den letzten Wochen hier und da von dem Consul der Republik Chili, Herrn T. Weir und von dem der argentinischen Republik darauf aufmerksam gemacht worden, daß jener König nur ein Abenteurer sei, der kein Recht habe, Bonds auszustellen, und daß die Besitzer dieser Bonds wohl nie dafür Geld erhalten werden. In den Briefen wird sogar angedeutet, daß die chilenische Regierung eventuell sich veranlaßt sehen dürfte, dem König Orélie mit Gewalt das Handwerk zu legen. Heute (17. Mai) läßt sich darauf in der „Times“ ein Herr A. Z. de la Rosa, der sich auch Graf von Rosemburg und Finanzminister titulirt, — der Graf und der Minister sind natürlich von araucanischen Gnaden — vernehmen und ist ganz verwundert über den Consul Weir, der so thue, als wenn Araucania nur eine chilenische Provinz wäre. Araucanien, erzählt der Graf und Finanzminister, der in Portsdown-Gardens zu London residirt, ist ein unabhängiges Reich nnd mein allergnädigster König ist für seine wichtigen den Araucaniern geleisteten Dienste öffentlich zum König erwählt und am 17. November 1860 proclamirt worden. Araucanien, heißt es weiter, ist in den Verträgen von 1775 und 1793 für unabhängig erklärt worden und Chili ist geschlagen worden, so oft es die Unabhängigkeit anzutasten versuchte. Der araucanische Minister versichert hierauf, daß Chili den König Orélie so verläumde, weil es befürchte, daß hinter den Finanzplänen Sr. Majestät irgendwelche der Republik feindliche Pläne verborgen seien. Dem sei aber nicht so, vielmehr sei Se. Majestät nur von dem königlichen Wunsche beseelt, mit Hülfe dieser finanziellen Arrangements das Wohl seiner loyalen Unterthanen zu fördern. Aus dem Briefe des Ministers erfahren wir noch, daß König Orélie I. sich gegenwärtig in Paris aufhalte und durch höchsteigenhändige Antworten die feindlichen Intriguen der chilenischen Consuln in Frankreich widerlegt habe.

[Eine Katastrophe in Illinois.] Die New-Yorker Zeitungen vom 7. d. M. liefern Details über ein Brückenunglück in Dixon, Illinois, am 4. d. M. Der „Herald“ berichtet Folgendes: „Mehrere zum Baptistenglauben Bekehrte sollten um 1 Uhr getauft werden. Das nördliche Ufer des Flusses Reck, in welchem sie getauft werden sollten, war mit Menschen besetzt. Die Taufe fand in der Nähe der fünfspännigen Trestle-Brücke statt und mehrere 100 Personen fanden sich auf derselben ein. Nachdem zwei der Bekehrten getauft worden waren, gab die dem Flußufer zunächst befindliche Spanne der Brücke nach, in Folge dessen ungefähr zweihundert Männer, Frauen und Kinder in das Wasser stürzten, Viele ertranken, indem sie durch die Schwächeren heruntergezogen wurden. Der Fluß war etwa 5 Fuß tief und daher war es schwierig, Jene zu retten, die ihr Bewußtsein verloren, indem sie im Fallen mit Freunden in Berührung kamen. Die größte Aufregung herrschte vor. Männer und Frauen schrien um Hülfe und schienen außer Stande zu sein, sich gegenseitig Hülfe zu leisten. Das Untergehen geschah so plötzlich, daß alle ihre Geistesgegenwart einbüßten. Die am Ufer Befindlichen realisirten die Situation sofort und thaten alles, was in ihrer Macht stand, um die Verunglückten zu retten. Durch ihre Anstrengungen wurden über 100 Personen gerettet. Gegen 6 Uhr waren 51 Leichen geborgen. Die Brücke steht erst seit 1 oder 2 Jahren und schien stark genug zu sein, um jedes Gewicht zu tragen. Das Unglück hat Kummer in manchen Haushalt in Illinois gebracht.

Provinzial-Zeitung.

*** **Breslau,** 21. Mai. [Bestätigung.] Wie aus Hirschberg gemeldet wird, hat die Wahl des Pfarr-Administrators Augustin Löwe zum Stadtpfarrer von Hirschberg die Bestätigung des Herrn Fürstbischofs erhalten.

*** [Wer hat nun Recht?] Bekanntlich hat die hier erscheinende römische „Volkszeitung“ die kostbare Entdeckung gemacht, daß nur die „Nationalliberalen“ und die „Freimaurer“ an der schrecklichen Börsen-Calamität zu Wien schuld seien. (S. die Uebersicht in Nr. 233 der Bresl. Ztg.) Der im Großherzogthum Posen erscheinende „Tygodnik katolicki“ ist dagegen zu einem anderen Resultat seiner Forschungen gekommen. Er findet nämlich die Ursache davon, daß es seit einiger Zeit so schlecht auf Erden gehe (und somit wohl auch die Ursache der Wiener Börsenkrisis) — darin: „daß der Papst schon seit langer Zeit aufgehört habe, seinen Segen „Orbi et urbi“ zu ertheilen.“

μ [Feuersgefahr.] Der Haushälter des alte Sandstraße Nr. 6 wohnhaften Kaufmanns R. war gestern Abend im Keller mit Abfüllen von Spiritus beauftragt und bediente sich hierbei unvorsichtigerweise eines offen brennenden Lichtes. Der Sipritus gerieth in Brand und es bedurfte einer längeren Thätigkeit der herbeigeholten Feuerwehr um jede weitere Gefahr zu beseitigen.

C. **Breslau,** 20. Mai. [Schwurgericht.] Für die vierte Schwurgerichtsperiode pro 1873, welche am gestrigen Tage durch den Vorsitzenden Kreisgerichtsrath Schütze aus Trachenberg eröffnet wurde, fungiren als Beisitzer die Herren Stadtgerichtsräthe Adamczyk und Hensel, Stadtrichter Bormann und Gerichts-Assessor Dr. Kreutzer.

Die am Eröffnungstage zur Verhandlung gelangten drei Anklagesachen betrafen durchweg Diebstähle von keinem besonderen Interesse. Hervorzuheben wäre höchstens die gegen drei hiesige Bodenarbeiter Ochotta, Ninsa und Daum stattgehabte Verhandlung, in welcher dieselben zugestanden, dem Productenhändler Proskauer hierselbst um Weihnachten vorigen Jahres von dessen Schüttboden nach und nach eine nicht unbedeutende Quantität Raps, Kleesamen und Thimothee, sowie einige leere Säcke theilweise unter Anwendung eines falschen Schlüssels entwendet zu haben. Zugleich mit ihnen war der Händler Machon von hier, welcher ihnen das gestohlene Gut für 7 Thlr. abgenommen hatte, der Hehlerei angeklagt. Die Diebe hatten ihn durch die Angabe, daß sie den Klee ꝛc. von ihrem Arbeitgeber als Weihnachtsgeschenk erhalten, zum Abschluß des Kaufes bewogen, doch war die Anklage gegen Machon trotzdem erhoben worden, weil er nach den Umständen hätte annehmen müssen, daß die Gegenstände von den Verkäufern mittelst einer strafbaren Handlung erlangt seien, was nach § 259 des Reichsstrafgesetzbuchs den Thatbestand der Hehlerei involvirt. Der Bestohlene hatte durch sofortige energische Recherchen den Verbleib des gestohlenen Gutes sofort ermittelt und war durch polizeiliche Intervention wieder in den Besitz desselben gesetzt worden. Auf Grund der stattgehabten Beweisaufnahme, welche im Wesentlichen die Behauptungen der Anklage bestätigte, konnten die Geschworenen dennoch nicht zur Ueberzeugung von der Schuld der Angeklagten gelangen; sie sprachen das Nichtschuldig aus, worauf die Freisprechung derselben erfolgte.

In der heutigen Sitzung stand zunächst die unverehel. Anna Rosine Michler von hier unter der schweren Anklage des wissentlichen Meineides. Im Laufe des vorigen Jahres schwebte vor der I. Civildeputation des königlichen Stadtgerichts hierselbst ein Ehescheidungsproceß, welchen die Sattlergesellen-Frau Drescher gegen ihren schon längere Zeit von ihr getrennt lebenden Ehemann wegen Ehebruchs angestrengt hatte, und zwar behauptete die Klägerin, daß Drescher mit der ꝛc. Michler, welche längere Zeit seine Wirthschafterin gewesen, ehebrecherischen Umgang gepflogen hätte. Zum Beweise dieser Behauptung hatte die Drescher sich auf das Zeugniß der Michler berufen, welche auch vernommen wurde und mit zeugeneidlicher Bekräftigung ausdrücklich bekundete, daß sie mit Drescher niemals in der angedeuteten Weise verkehrt habe und daß der Vater ihrer außerehelichen Kinder ein Soldat, Namens Johann Franke, gewesen sei. Allein vier andere Zeuginnen bekundeten über das Zusammenleben des Drescher mit der Michler so gravirende Thatsachen, daß das Gericht trotz der entgegenstehenden Michler'schen Aussage den Ehebruch für erwiesen annahm, die Trennung der Ehe aussprach und den Drescher für den allein schuldigen Theil erklärte. Nunmehr wurde gegen die Miculla die Untersuchung wegen Meineids, begangen durch wissentliche eidliche Bekräftigung eines falschen Zeugnisses, eingeleitet, welche zur Erhebung der heute verhandelten Anklage führte. Die Details der Beweisaufnahme, welche einen nicht angenehmen Einblick in ein Leben von moralischer Verkommenheit gewährte, sind an dieser Stelle unmöglich ausführlich zu beleuchten. Die Geschworenen entschieden sich dem Antrage der Staatsanwaltschaft (vertreten durch Herrn Staatsanwalt v. Rosenberg) entsprechend für „Schuldig“, worauf gegen die Angeklagte auf zweijährige Zuchthausstrafe, zweijährigen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und dauernde Unfähigkeit als Zeugin eidlich vernommen zu werden, erkannt wurde.

Gegenstand der zweiten Verhandlung war eine Anklage wegen Straßenraubs, welche gegen den schon sieben Mal wegen Diebstahls bestraften Arbeiter Joseph Woitschek von hier erhoben war. Derselbe war am 2. Februar d. J. auf der Chaussee von Trebnitz nach Werndorf mit dem am letztern Orte ansässigen Inwohner August Stahr zusammengetroffen, mit welchem er schon vorher in einem Wirthshause gesprochen und dabei ein Paar Hosen und eine Pelzjacke zum Kaufe angeboten hatte. Nachdem Woitschek eine Weile neben Stahr, welcher eine Radwer vor sich hinschob, gegangen war, merkte Stahr, daß ihm zu verschiedenen Malen in die Hosentaschen gegriffen wurde; er stellte seinen Begleiter darüber zur Rede, wurde aber von demselben unter Lachen bedeutet, daß ihm so etwas gar nicht eingefallen sei und er sich also geirrt haben müßte. Woitscheck ließ sich indeß durch das Mißlingen dieses Manövers von seinen Versuchen, sich in den Besitz des bei Stahr vermutheten Geldes zu setzen, nicht abschrecken, sondern verstieg sich sogar zur Verübung von Gewaltthätigkeiten. Als Beide noch etwa 300 Schritt vom Dorfe Kniegnitz entfernt waren, packte er den ahnungslos seines Weges dahin ziehenden Stahr bei den Schultern, warf ihn über den Radwerbaum hin, drückte ihn nieder und während er auf ihm kniete, fand er in der rechten Westentasche das Portemonnaie desselben mit einem Baarinhalt von etwa einem Thaler und entriß ihm dasselbe. Während Stahr noch mit seinem Angreifer um das Portemonnaie rang, kam von Kniegnitz her ein Wagen heran, auf welchem sich die Knechte Hippe und Pache befanden, und auf das Hilferufen des Stahr eiligst herankamen. Jetzt ließ Woitscheck das Portemonnaie los und wollte entfliehen, wurde aber von seinem unter ihm liegenden Opfer so lange festgehalten, bis die beiden genannten Knechte zur Stelle waren, welche Stahr befreiten und den Woitscheck trotz seines Sträubens festhielten. Sie übergaben diesen, da sie weiterfuhren, dem Stahr, welcher ihn nach Kniegnitz ins Wirthshaus führte und dem dortigen Scholzen Böde, unter Erzählung des Vorfalls, zur Verhaftung auslieferte. Der Angeklagte bestritt das ihm zur Last gelegte Verbrechen und behauptete vielmehr, daß Stahr derartig betrunken gewesen sei, daß er auf der Chaussee zu wiederholten Malen hingestürzt sei. Als Stahr das eine Mal hingefallen, habe er (Woitscheck) plötzlich ein Portemonnai auf der Erde liegen gesehen, nach welchem er, da er es im Moment für das seinige gehalten, gegriffen habe; Stahr, welchem es entfallen war, habe es ihm als sein Eigenthum wieder entrissen und dabei sei zwischen Beiden eine Balgerei entstanden, welche auch die herbeigekommenen Knechte gesehen hätten. Die Unwahrheit dieser Aussage stellte sich jedoch klar heraus, da Scholz Böde bekundete, daß Stahr zwar angetrunken aber keineswegs betrunken gewesen, dagegen an jenem Tage die Chaussee glatt gewesen sei, so daß man auch in nüchternem Zustande der Gefahr des Hinstürzens ausgesetzt gewesen. Die Knechte Hippe und Pache bekundeten dasselbe und bestätigten noch ausdrücklich aus eigener Wahrnehmung die Angabe des Stahr, daß der Angeklagte auf ihm gekniet habe.

Die Geschworenen erklärten den Angeklagten des Raubes, verübt auf einem öffentlichen Wege, für schuldig und verneinten das Vorhandensein mildernder Umstände. Den Anträgen der Staatsanwaltschaft gemäß wurde über den Angeklagten eine fünfjährige Zuchthausstrafe verhängt, welches die niedrigste im § 250, 3. St.-G.-B. für dieses Verbrechen angedrohte Strafe ist.

---

s. **Waldenburg,** 20. Mai. [Ein Exceß gröbster Art] spielte sich gestern Abend auf der Mühlengasse ab und hat aufs Neue den Beweis geliefert, auf welch niedriger Bildungsstufe ein großer Theil der unteren Schichten unserer Bevölkerung noch steht. Ein Hausbesitzer hatte bei dem hiesigen Kreisgericht die Exmission eines Miethers beantragt, weil letzterer eine so unsaubere Wirthschaft führte, daß sie dem Hause nicht zur Ehre gereichte. Nachdem gestern Nachmittag dem Antrage Folge geleistet und der Miether, ein Bergmann, exmittirt worden war, lief in der bezeichneten Gasse eine zahlreiche Menschenmenge zusammen, die bis zum Abende zu Hunderten anwuchs. Ein Theil der zusammengelaufenen Menge nahm gegen den Hausbesitzer eine drohende Haltung an, in Folge dessen ein in der Nachbarschaft wohnender Herr sich veranlaßt fühlte, sich nach dem Polizeiamt zu begeben und den Bürgermeister von der Scene in Kenntniß zu setzen. Als derselbe auf dem Platze erschien, waren nicht blos schon Fenster zertrümmert, sondern man hatte auch die verschlossene Hausthür einzuschlagen versucht. Da die Polizeibeamten in ihrer Zahl zu gering waren, sich zum Herrn des Platzes zu machen, so wurde die Feuerwehr durch Signal zur Unterstützung herbeigerufen. Nachdem eine Anzahl Verhaftungen stattgefunden hatten, verlief sich die Menge und die Ruhe wurde wieder hergestellt. Einige der Excedenten haben, wie man vernimmt, Hand an die Polizeibebeamten gelegt, eine andere Persönlichkeit sogar in den vorüberfließenden Mühlgraben geworfen. Polizisten und Feuerwehr hielten nach Beendigung des Scandals noch längere Zeit den Platz besetzt.

S. **Neisse,** 20. Mai. [Wahlverein. — Processionen.] In der Generalversammlung des deutsch-patriotischen Vereines für die Wahlkreise Neisse-Grottkau waren über 400 Mitglieder anwesend. Nachdem der erste Gegenstand der Tagesordnung — Neuwahl des Vorstandes — erledigt war. stimmte die Versammlung dem Antrage des Vorsitzenden zu, das Neisser „Sonntagsblatt“ als Organ des Vereins zu wählen. Die Mittel sollen durch freiwillige Beiträge aufgebracht werden. In Bezug auf die Wiederwahl des Landrath Friedenthal war die Versammlung einstimmig. Die Aufstellung eines zweiten Candidaten wurde vertagt. — An den sogenannten Bittprocessionen, welche am Markustage und an den 3 Tagen vor dem Himmelfahrtsfeste stattfinden, nahmen in diesem Jahre das Gymnasium und die Realschulen nicht Theil. An der heutigen Procession betheiligten sich neben 11 Spitalmännern, 53 Erwachsene männlichen Geschlechtes, meist alte Leute und der ländlichen Bevölkerung angehörig. Daraus läßt sich wohl schließen, daß es die Neisser durchaus nicht verletzen würde, wenn die Schulbehörden auch die Elementarschulen nicht mehr Theil nehmen ließen. Es liegt dazu um so mehr Veranlassung vor, als mit dem vorhergehenden Sonntage und dem nachfolgenden Himmelfahrtstage der Unterricht auf fünf Tage fast gänzlich unterbrochen wird.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Mai 20. 21.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0° ...	330''',29	331''',88	332''',87
Luftwärme ...	+ 9°,0	+ 7°,6	+ 6°,5
Dunstdruck ...	3''',98	3''',57	3''',30
Dunstsättigung ...	91 pCt.	92 pCt.	93 pCt.
Wind ...	NW. 2	W. 2	W. 2
Wetter ...	trübe.	bedeckt, Regen.	bedeckt.
Wärme der Oder ...		7 Uhr Morgens	+ 7°,3.

Breslau, 21. Mai. [Wasserstand.] O.-P. 16 F. 1 Z. U.-P. 1 F. 7 Z.

X. **Breslau,** 21. Mai. [Schifffahrts-Nachrichten.] Das Wasser der Oder ist von gestern zu heut gefallen, da jedoch die regnerische Witterung immer noch anhält, so wird der Wasserstand ein ziemlich guter bleiben. Abgeschwommen sind: Fünf Kähne mit Zink nach Hamburg; drei Kähne mit Gütern nach Berlin; 4 Kähne mit Gütern und 5 Kähne mit Kohlen nach Stettin; drei Kähne mit Kohlen nach Hegermühle und ein Kahn mit Rapskuchen nach Frankfurt. — Im Unterwasser angekommen sind: Leonhard und Wiehle mit Cement von Stettin; Makus, Nowak mit Ziegeln von Steinau; Pilz und Müller mit Ziegeln von Reichwald und Fritsche mit Ziegeln von Auras.

Berlin, 20. Mai. Die Börse machte so zu sagen eine kleine Pause in ihrer Regeneration, und ist diese Unterbrechung der gestern etwas zu stürmisch verfolgten Hausse-Richtung nur zu billigen. Die Stimmung war auch heute wieder fest, da die Notirungen aus Wien die Befürchtung nährten, als man dort unbefugt und verfrüht schon wieder in das Hausse-Fahrwasser einlenke. Dem hiesigen Verkehr fehlte demzufolge Lebendigkeit und Sicherheit. Zaghafter hielten sich die Käufer zurück und ein animirtes Geschäft wollte sich auf keinem Gebiete ausbilden. Auch in der Cours-Bewegung sprach sich diese Tendenz aus; die Cours-Erhöhungen waren nur von mäßigem Umfange und konnten vielfach erst nach einigen Schwankungen aufrecht erhalten werden, andererseits blieben aber die etwaigen Coursreductionen bedeutungslos. Die Speculationspapiere zeigten sich ziemlich fest bei sehr stillem Verkehr, Lombarden und Franzosen hatten von den gestrigen Schlußnotirungen etwas verloren. Oester. Creditactien setzten zwar höher ein, konnten sich aber nicht auf den besseren Notirungen behaupten. Oesterr. Nebenbahnen waren zum Theil nicht belebt und fest, so besonders Josephbahn, Elisabeth-Westbahn, Kaschau-Oderberg und Rudolfsbahn, dagegen ermatteten Galizier und Oesterreichische Nordwestbahn. Auswärtige Fonds Anfangs recht fest, ließen jedoch zum Schluß wieder etwas nach, Oesterreichische Rente ziemlich belebt, schlossen nach vorübergehender Mattheit auch wieder in guter Festigkeit, Italiener und Amerikaner unverändert, französische Rente nachgebend. Türken hielten sich bis gegen Schluß ziemlich fest. Russische Staatswerthe waren gut zu lassen, Preußische Fonds zeigten große Festigkeit und Pfand- und Rentenbriefe waren auch zu steigenden Coursen lebhaft, auch deutsche Fonds traten in guten Verkehr. Die Umsätze in Prioritäten waren recht befriedigend bei fester Tendenz; von Oesterr. concent. lomb. Prioritäten mehr Aufmerksamkeit auf sich. Kaiser Ferdinands-Nordbahn 95½ G. Russische Prioritäten weniger belebt. Auf dem Eisenbahnactienmarkte zeigte sich die Physignomie weniger fest. Die rückgängige Bewegung, die für Bergische immer mehr zum Durchbruch kommt, zieht auch die anderen Devisen dieser Gattung zum Theil mit sich, die Rheinisch-Westphälischen Bahnactien blieben schwankend, obwohl der Schluß zur Festigkeit neigte; in Potsdamern und Halberstädtern einiges Geschäft, erstere niedriger, letztere höher. Schlesische Bahnen sehr still; auch in leichten Actien nur geringer Verkehr. Im Prämiengeschäft überwog die Verkaufslust in stärkerem Maße, der Umsatz blieb aber sehr gering. Bankactien hielten sich leidlich fest, auch würden die beliebteren Devisen ziemlich lebhaft umgesetzt. Centralbank für Bauten steigend und in großer Belebtheit, Schuster, Essener Credit, Quistorp höher; Pfalzer Bankverein, Niederschlesischer Kassenverein, Depositenbank, auch Breslauer Banken besser. Süddeutsche Centralbank 1½%. Industriepapiere waren im Allgemeinen fest, erzielten aber nur schwache Umsätze; Brauerei-Actien ziemlich fest, Bauactien weniger begehrt, Ostend zu gestriger Notiz reger, Südend höher, Chemnitzer Eisengießerei beliebt, Mägdesprung besser, auch Schlesische Zinkhütte höher, Victoria, Massener, König Wilhelm lebhaft. Laura schwankend. Wechsel ziemlich fest, meist höher und belebt. (Bank- u. H.-Z.)

Berlin, 20. Mai. Weizen: Termine fest und höher bezahlt. Gekündigt 48 000 Ctnr. Kündigungspreis 88¼ Thlr. Loco 72–92 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität bez., pro Mai 87¾—88¼—88½ Thlr. bez., Mai-Juni 87¾—88¼—88½ Thlr. bez., Juni-Juli 87¾–88¼–88 Thlr. bez., Juli-August 85¼—86 Thlr. bez., August-September — Thlr. bez., September-October — Thlr. bez., gelber 85—88 Thlr. ab Bahn bez. — Roggen loco mäßig offerirt, fand namentlich in guter Waare coulante Kauflust. Termine zu gestrigen Schlußpreisen eröffnend, befestigten sich im Verlauf der Börse, so daß eine Preiserhöhung von ca ¼ Thlr. besonders für nahe Sichten zu constatiren ist. Gekündigt 17,000 Ctnr. Kündigungspreis 55½ Thlr. Loco 55–61 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, inländischer 57—60 Thlr. ab Bahn bez., russischer 55—¼ Thlr. ab Bahn bez., pr. Mai 55⅜—⅝ Thlr. bez., Mai-Juni 55⅜—⅝ Thlr. bez., Juni-Juli 55½—¼ Thlr. bez., Juli-August 55⅜—⅝ Thlr. bez., August-September — Thlr. bez., September-October 55—¼ Thlr. bez. — Rüböl behauptete seinen gestrigen Werthstand. Gekündigt 300 Ctnr. Kündigungspreis 21⅚ Thlr. Loco 21¾ Thlr. bez. — Spiritus anfangs fest und höher, schloß wieder ruhiger, wenig besser als gestern, loco ohne Faß 18 Thlr. 5 Sgr. bez., pro Mai 18 Thlr. 8—10—9 Sgr. bez., Mai-Juni 18 Thlr. 8—10—9 Sgr. bez., Juni-Juli 18 Thlr. 11—13—12 Sgr. bez., Juli-August 18 Thlr. 20—21 Sgr. bez., August-September 19 Thlr. bis 18 Thlr. 28 Sgr. bez., September-October 18 Thlr. 22 Sgr. bez. — Gekündigt 70,000 Liter. Kündigungspreis 18 Thlr. 9 Sgr. bez. — Wetter: regnerisch.

Leipzig, 19. Mai. [Meßbericht.] Das Geschäft in Rauchwaaren war etwas träge, was allerdings nach dem gelinden Winter nicht anders zu erwarten war. Noch am lebhaftesten gestaltete sich das Geschäft in der ersten Woche. Käufer waren gegen frühere Messen weit weniger vertreten, was seinen Grund wohl darin hat, daß fast überall noch ziemlich bedeutende Vorräthe lagern. Auch sind mehrere Artikel, die sonst zu dieser Zeit am besten bezahlt wurden und weshalb auch von mehreren Speculanten große Vorräthe angehäuft waren, etwas billiger geworden. Eine Ermäßigung des Preises gegen voriges Jahr erlitten Füchse, welche gegen 10 Proc. billiger waren und durchschnittlich mit circa 18 Thalern per Stück bezahlt wurden. Iltise erhandelte man zu 60—110 Thlr. per Zimmer. Steinmarder per Stück 6 Thlr. für deutsche, 7½ Thlr. für bosnische und griechische Waare. Baummarder 7—15 Thlr., Otter 6—7 Thlr. per Stück. Schwarze Katzen 9—15 Thlr. per Dutzend. Russische und sibirische Waare etwa 20–35 Proc. billiger, als voriges Jahr. Virginische Iltise wurden gänzlich geräumt, während Bäre vernachlässigt blieben; ebenso wurden Schuppen kaum zur Hälfte umgesetzt. Skunks, da sie billiger waren als voriges Jahr fanden zufriedenstellenden Absatz. Kreuz- und Silberfüchse kaufte man mäßig. Rothfüchse, um einige Procent billiger, waren lebhaft begehrt. Bisam in allen Sorten wurden gut untergebracht. Nerze, gegen 30 Procent billiger als voriges Jahr, blieben zu etwa einem Drittel unverkauft. Febrücken und Fehwammen gingen wie gewöhnlich. Zu mäßigen Preisen fanden einen guten Absatz gefärbte Persianer und Astrachaner. Bei etwa 10 pCt. Preisermäßigung fanden französische und belgische Kanin, die reichlich zugeführt, Absatz. — Die diesjährige Ostermesse ist dem Verkaufe in Seidenwaaren wenig günstig gewesen. Aus den Donaufürstenthümern fehlten fast alle Einkäufer und die inl. Kundschaft pflegt gerade diesen Artikel mehr von Haus aus durch die Reisenden zu bestellen. Am besten gingen noch schwerere Sorten in Grosgrain und Cachemir, billigere dagegen waren fast ganz vernachlässigt und in Satins war so gut wie gar keine Nachfrage. Begünstigt von der Mode blieb die Sammetbranche. Die Verkäufer haben aber auch hierin, sowie in Seidenstoffen, schlechte Preise erzielt. Von Band waren hauptsächlich Moiréebänder in guter Qualität gesucht. Als Ausnahme ist hier zu constatiren, daß der Vorrath den Bedarf nicht deckte. Die Preise aller Seidenwaaren scheinen den niedrigsten Preis erreicht zu haben. Wenn irgend Leben darin sich bemerkbar macht, so kann eine Hausse derselben nicht ausbleiben. — Wollene Strumpfwaaren waren gänzlich vernachlässigt, und sind die meisten Fabrikanten wohl kaum auf die Meßspesen gekommen — Baumwollenwaaren, obwohl darin ein Umsatz erzielt wurde, fanden nur zu gedrückten Preisen Nehmer. (Dr. J.)

---

* [Concession.] Der „D. R. A.“ veröffentlicht die Concessions-Urkunde, betreffend den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Naumburg an der Saale nach Artern durch die Unstrut-Eisenbahn-Gesellschaft.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 20. Mai, Nachmittags 3 Uhr. [Schluß-Course.] 3proc. Rente 54, 70. Anleihe de 1871 86, 27½. Anleihe de 1872 87, 40. Ital. 5proc. Rente 62, 85. do. Tabaksactien 806, 25. Franzosen (gestempelt) 765, 00. do. neue 761, 25. Oesterr. Nordwestbahn 495, 00. Lomb. Eisenbahn-Actien 432, 50. do. Prioritäten 256, 25. Türken de 1865 53, 45. do. de 1869 320, 00. Türkenloose 168, 00. Fest.

London, 20. Mai, Nachmittag 4 Uhr. Consols 93¹³⁄₁₆. Italienische 5procentige Rente 61¾. Lombarden 16¹⁵⁄₁₆. 5procentige Russen de 1862 93½. 5proc. Russen de 1864 93¾. Silber 59⅝. Türk. Anleihe de 1865 52⅞. 6proc. Türken de 1869 61¼. 9proc. Türken-Bonds 87¾. 6proc. Verein. St. pro 1882 90¾. Berlin 6, 25. Hamburg 3 Monat. 20, 50. Frankfurt a. M. 119¾. Wien 11, 50. Paris 25, 85. Petersburg 31⅝. Oesterr. Silberrente —. Oesterr. Papierrente —. Günstig.

Aus der Bank flossen heute 52,000 Pfd. Sterl.

Frankfurt a. M., 20. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Lond. Wechsel 117⅞. Pariser do. 92¼. Wiener do. 106. Franzosen*) 350. Hess. Ludwigbahn 169½. Böhmische Westbahn —. Lombarden*) 199½. Galizier 232½. Elisabetbahn 254. Nordwestb. 228¼. Oregon 29. Creditactien*) 316. Russ. Bodencredit 90. Russen 1872 91. Silberrente 65⅝. Papierrente 61⅝. 1860er Loose 93⅞. 1864er Loose —. Raab-Grazer 80¼. Amerikaner de 82 95⅝. Darmst. Bank 444½. Deutsch-österr. Bank 113⅜. Prov.-Disconto-Gesellschaft 151½. Brüsseler Bank 107½. Berliner Bankverein 135½. Frankf. Bankverein 137½. do. Wechslerbank 91. Nationalbank 1009. Meininger Bank 136¾. Schiff'sche Bank 228. Hahn Effectenbank 128. Continental 112½.

Süddeutsche Immobilien-Gesellschaft 119⅞.

Auf Wiener Berichte Anfangs große Kauflust für Speculations- und Anlagewerthe, später matter auf Berliner Nachrichten. Geld flüssig.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 311, Franzosen 347¾, Lombarden 198½. Silberrente 65⅝. Darmstädter Bankactien 442.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 20. Mai, Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner 95⅝. Creditact. 312 a 311¾. 1860er Loose 93⅞. Franzosen 346¾ a 346. Galizier 230. Lombard. 197½ a 196. Silberrente 65 Papierrente 60⅝. Nationalbank 1002. Frankfurter Bankverein 132. Deutsch-österr. Bank 112. Hahn'sche Effektenbank 126¾. Nordwestbahn 226¼. Elisabethbahn —. Matt.

Dresden, 20. Mai, Nachmittags 2 Uhr. Creditactien 178. Lomb. 113⅝. Silberrente 65⅞. Sächsische Creditbank 107½. Sächsische Bank (alte) 148. do. (junge) 140. Leipziger Credit 173½. Dresdener Bank 96¼. Dresdener Wechslerbank 105¾. Dresdner Handelsbank 80. Sächsischer Bankverein 92. Oesterr. Noten 91. Lauchhammer 108. — Schluß ziemlich fest.

Hamburg, 20. Mai, Nachm. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Prior. A. 101. Oesterr. Silber-Rente 65. Credit-Actien 266. do. 1860er Loose 92. Nordwestbahn 480. Franzosen 741. Raab-Grazer 82. Lombarden 422. Ital. Rente 60. Bergisch-Märkische —. Cöln-Mindner —. Rh. Eisenb.-St.-Actien —. Vereinsbank 122. Hahn —. Laurahütte 242. Commerzbank 109. Norddeutsche Bank 166½. Provinz.-Disc.-Bank 147. Anglo-Deutsche Bank 95 do. neue 96. Dän. Landmbk. 100. Dortmunder Union 151½. Wien. Unionb. 90. 64er Russ. Pr. A. 126½. 66er Russ. Prior. A. 124½. Amerikaner de 1882 90⅞. Disconto 6½ %. Internationale Bank —. Oesterr. Staatsbahn —. Schluß ziemlich fest.

Wechselnotirungen: London lang 19, 85 Br., 19, 79 Gd., London kurz 20, 15 Br., 20, 07 Gd., Amsterdam 165, 10 Br., 164, 30 Gd., Wien 175, 50 Br., 173, 50 Gd., Paris 78, 00 Br., 77, 60 Gd., Petersburger Wechsel 263, 00 Br., 261, 00 Gd., Frankfurt a. M. 168, 70 Br., 167, 90 Gd.

Hamburg, 20. Mai. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco fester, auf Termine fest, Weizen Mai-Juni 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 266 Br., 265 Gd., pr. Juli-August pr. 1000 Kilo netto 252 Br., 251 Gd., pr. Septbr.-October 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 241 Br. und Gd. Roggen pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 165 Br., 164 Gd., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 166 Br., 164 Gd., pr. Septbr.-October 1000 Kilo netto 165 Br., 164 Gd. Hafer und Gerste fester. Rüböl matt, loco 35, 00, pr. Mai 23¼, pr. Octbr. pr. 200 Pfd. 71½. Spiritus still, pr. Mai 100 Liter 100% 42¼, pr. August-September und pr. September-October 45½. Kaffee fest, aber ruhig; wenig Umsatz. Petroleum flau. Standard white loco 16, 50 Br., 16, 20 Gd., pr. Mai 16, 20 Gd., pr. August-December 16, 90 Gd. — Wetter: Trübe.

Hamburg, 20. Mai, 8 Uhr 30 Min. [Abendbörse.] Oesterr. Silberrente 64⅞. Franzosen —, Lombarden 420. Italiener 60⅞. Nordwestbahn 485. Anglo-deutsche 92½. Amerikaner 91. Oesterr. Creditactien 263½. Oesterr. Staatsbahn 736 Hamburger Commerz- und Discontobank 108⅞. Rhein. Eisenbahn-St.-Actien 139½. Bergisch-Märk. 108½. Köln-Mindner 149. Laurahütte 238¾. Dortmunder Union 150½—149½. — Flau.

Liverpool, 20. Mai. Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 B. Sehr ruhig; Preise unverändert. Tages-Import 16,000 B., davon 6000 B. amerikanische, 1000 B. ostindische.

Liverpool, 20. Mai, Nachm. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 B. Unverändert.

Middl. Orleans 9 3/16, middl. amerikanische 8⅞, fair Dhollerah 6 5/16, midd. fair Dhollerah 5⅝, good middl. Dhollerah 4⅞, middl. Dhollerah 4, fair Bengal 3⅞, fair Broach 6¼, new fair Oomra 6¼, good fair Oomra 6 13/16, fair Madras 6¼, fair Pernam 9⅜, fair Smyrna, 7, fair Egyptian 9¾.

Upland nicht unter good ordinary Mai-Lieferung 8⅝, neue Ernte October-November-Verschiffung 9 1/16 D.

Manchester, 20. Mai, Nachm. 12r Water Armitage 9⅝, 12r Water Taylor 11⅝, 20r Water Michols 13, 30r Water Gidlow 14¾, 30r Water Clayton 15¼, 40r Mule Mayoll 13⅝, 40r Medio Wilkinson 15⅝, 36r Warpcops Qualität Rowland 15, 40r Double Weston 15¾, 60r Double Weston 19, Printers 16/16 34/50 8½pfd. 132. Mäßiges Geschäft, Preise fest.

Petersburg, 20. Mai, Nachm. 5 Uhr. [Schluß-Course.] Wechselcours auf London 3 Monat 32¼, do. auf Hamburg 3 Monat 271¼, do. auf Amsterdam 3 Monat —, do. auf Paris 3 Monat 342¼, 1864er Prämien-Anleihe (gestpl.) 155¾, 1866er Prämien-Anleihe (gestplt.) 152¼. Imperials 6, 17, Große Russische Eisenbahn 138¾, Internat. B. I. Emiss. 180 Br. u. bez., do. II. Emiss. 120 Br., 118½ G., 119 bez.

Königsberg, 30. Mai, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen sehr fest. Roggen fest, loco 121/122pfd. 2000 Pfd. Zollgew. 51⅛, pr. Mai-Juni 50⅝, pr. Juli-August 50, pr. September-Octbr. 49¼ Thlr. Gerste animirt. Hafer sehr fest, loco pr. 2000 Pfd. Zollgew. 46⅔, pr. Mai-Juni 45⅓ Thlr. Weiße Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 45⅙ Thlr. Spiritus pr. 100 Liter 100% loco 17⅝, pr. Mai-Juni 17⅝, pr. Juli-August 18½ Thlr. — Wetter: Schön, aber windig.

Danzig, 20. Mai, Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen matter, bunter pro 2000 Pfd. Zollgew. 85½, hellbunter 86—88, hochbunter und glasig 88—90, 126pfd. per Mai 86 Thlr., per Juni-Juli 86 Thlr. Roggen behauptet, 120pfd. loco pr. 2000 Pfd. Zollgew. inländ. 53⅓, 120pfd. pr. Mai 49½, pr. Juni-Juli 51½ Thlr. Kleine Gerste pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 51⅔, große Gerste pr. 2000 Pfd. Zollgew. 54—56 Thlr. Weiße Koch-Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgew. loco 45—47, do. Futter-Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgew. 43⅔ Thlr. — Hafer pr. 2000 Pfd. Zollgewicht loco 46—47 Thlr. — Spiritus 100 Liter 100 pCt. loco 17¼ Thlr. — Wetter: Schön.

Köln, 20. Mai, Nachmittags 1 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen besser, hiesiger loco 9, 20, fremder loco 9, 7½, pr. Mai 9, 6, pr. Juli 9, 1, pr. Novbr. 8, 1½. — Roggen höher, loco 5, 25, pr. Mai 5, 17, pr. Juli 5, 20, pr. November 5, 23. — Rüböl matter, loco 12 1/10, pr. Mai 11 19/20, pr. October 12 11/20. Leinöl loco 12 6/10. — Wetter: Kalt.

Paris, 20. Mai, Nachmittag. [Productenmarkt.] Rüböl ruhig, pr. Mai 93, 00, pr. Juli-August 94, 50, pr. September-Decbr. 96, 00. — Mehl behauptet, pr. Mai 74, 00, pr. Juni 74, 50, pr. Juli-August 75, 00. Spiritus pr. Mai 54, 25. — Wetter: Veränderlich.

Liverpool, 20. Mai, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen 1 D. niedriger, Mehl flau, Mais stetig.

Glasgow, 20. Mai. Roheisen. Mixed numbers warrants 117 Sh.

Antwerpen, 20. Mai, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt] (Schlußbericht.) Weizen fest. Roggen steigend, französischer 22½. Hafer behauptet. Gerste stetig.

Antwerpen, 20. Mai. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 40 bez., 40½ Br., pr. Mai 40 bez. u. Br., pr. Juni 40 Br., pr. September 42½ bez. u. Br., pr. September-December 44 bez. u. Br. Ruhig.

Amsterdam, 20. Mai, Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen pr. October 363. Roggen pr. October 207½.

Bremen, 20. Mai. Petroleum flau, Standard white loco 16 Mark bez. u. Br.

Breslau, 21. Mai, 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen fester, bei mäßigen Zufuhren, Preise zum Theil höher.

Weizen blieb gut verkäuflich in feinen Qualitäten, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 8—9½ Thlr., gelber 7⅚—9⅙ Thlr, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen zu besseren Preise gute Kauflust, pr. 100 Kilog. 6 bis 6 3/10 Thlr., feinste Sorte 6⅓ Thlr. bezahlt.

Gerste behauptet, pr. 100 Kilogr. 5¼ bis 5⅔ Thlr., weiße 5⅔ bis 6 Thlr.

Hafer sehr fest, pr. 100 Kilogr. 4¾ bis 5 Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen mehr beachtet, pr. 100 Kilog. 4⅚—5⅓ Thlr.

Wicken matter, pr. 100 Kilog. 3 11/12—4⅙ Thlr.

Lupinen lebhaft gefragt, pr. 100 Kilogr. gelbe 3¼—3⅔ Thlr., blaue 3 5/12 bis 3⅓ Thlr.

Bohnen preishaltend, pr. 100 Kilog. 5⅔—6 Thlr.

Mais schwach zugeführt, pr. 100 Kilog. 5⅓—5⅔ Thlr.

Oelsaaten schwach offerirt.

Schlaglein gute Kauflust.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.

Schlag-Leinsaat..	8	20	—	9	—	—	9	15	—
Winter-Raps....	9	7	6	9	15	—	10	—	—
Winter-Rübsen..	8	15	—	8	17	6	9	7	6
Sommer-Rübsen.	8	10	—	8	17	6	9	10	—
Leindotter.....	7	2	6	7	15	—	8	2	6

Rapskuchen sehr fest, schlesische 71—72 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Leinkuchen unverändert, schlesische 90—92 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Kleesaat ohne Zufuhr, — rothe 12—16¼ Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße 12—16—18 Thlr. pr. 50 Kilogr., hochfeine über Notiz bezahlt.

Thymothee ohne Aenderung, 8⅓—10⅓ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3¼—4 Sgr.

Berliner Börse vom 20. Mai 1873.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	k. S.	4	139 bz.
do. do.	2 M.	4	138 bz.
Hamburg 300 Mk.	k. S.	4	— —
do. do.	2 M.	4	— —
London 1 Lst.	3 M.	5	6.19 bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	5	— —
Wien 150 Fl.	8 T.	5	90 bz
do. do.	2 M.	5	88½ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	4	56 17 G.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	6	99¾ G.
do. do.	2 M.	4½	— —
Frankf.a.M.100Fl.	2 M.	5	— —
Petersburg 100SR.	3 M.	5½	87⅝ bz.
Warschau 90 SR.	8 T.	5½	80 bz
Bremen	8 T.	5	— —

Fonds und Geld-Course.

	Freiw. Staats-Anleihe	4½	— —
	Staats-Anl. 4½%ige	4½	99½ bz.
	dito consolid.	4½	104 bz.
	dito 4%ige	4	95¾ bz.
	Staats-Schuldscheine	3½	88¾ G.
	Präm. Anleihe v. 1855	3½	125 bz.
	Berliner Stadt-Oblig.	4½	101 B
	Cöln-Mind. Prämienscb.	3½	94 bz. G.
Pfandbriefe	Berliner	4½	99½ B.
	Central-Boden-Cr.	5	100¼ bz.
	do. Unkündb.	5	104 G.
	Pommersche	3½	81¼ G.
	Posensche	4	89¾ G.
	Schlesische	3½	82½ G.
Rentenbriefe	Kur- u. Neumärk.	4	94 bz.
	Pommersche	4	93¾ bz.
	Posensche	4	92¼ G.
	Preussische	4	93½ G.
	Westfäl. u. Rhein.	4	96½ bz.
	Sächsische	4	95½ G.
	Schlesische	4	93¼ bz.G.

Kurh. 40 Thlr.-Loose 72 et bz.G.
Oldenburger Loose 38 bz.G.

Louisd'or — —	Dollars 1.11½ G.
Sovereign 6.20½ G.	FrmdBkn. 99⅔ bz
Napoleons 5.10 bz.	Oest. Bkn. 90⅛ bz.
Imperials — —	Russ. Bkn. 80¼ bz.

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	65¼ à5 bz.
do. Papierrente	4⅕	61¼ à1 bz.
do. Lott.-Anl. v. 60	5	93 bz.
do. 64er Präm.-Anl.	4	98 bz.
do. Credit-Loose	—	115¼ bz.
do. 64er Loose	—	87 bz.G.
do. Silberpfandbr.	5½	— —
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Gs.	5	— —
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	128½ B.
do. do. 1866	5	126½ bz.
do. Bod.-Cred.-Pfb.	5	88¾ bz.
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	74⅞ G.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	74½ G
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	62⅝ bz.
Amerik. 6% Anl. p. 1882	6	96⅞ et bz. G.
do. do. p. 1885	6	97⅜ bz
do. 5% Anleihe	5	94½ bz.
Badische Präm.-Anl.	4	109 B.
Baiersche 4% Anleihe	4	110½ G.
Französische Rente	5	85 bz
Ital. neue 5% Anleihe	5	60¼ bz.
Ital. Tabak-Oblig.	6	91½ bz.B.
Raab-Grazer100Thlr-L.	4	79⅞ bz.
Rumänische Anleihe	8	— — kl.
		88⅞ bz.
Türkische Anleihe	5	50¼ bz.
Ung.5%St.Eisenb.Anl.	5	78¾ bz.G.

Badische 35 Fl.-Loose 33½ B.
Braunschw. Präm.-Anl. 23⅞ et bz.G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose — .
Finnische 10 Thlr.-Loose 10 B.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	98 G.
do. III. v. St. 3½ g.	3½	82½ G
do. do. VI.	4½	97¼ bz.G.
do. Nordbahn	5	101½ bz.G.
Breslau-Freib. Litt. D.	4½	98 B.
do. do. G.	4½	98 B.
do. do. H.	4½	98 B.
Cöln-Minden III.	4	88⅛ G.
do. do. do.	4½	97 G
do. do. IV.	4	88¾ G
do. do. V.	4	88 G.
Märkisch-Posener	5	101 et bz.G.
Ndrschl.-Märkische	4	92 B.
do. do. III.	4	— —
do. do. IV.	4½	— —
Ndrschl. Zwgb. Lit. C.	5	99⅝ G.
do. do. D.	5	99⅝ G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	90 B.
do. E.	3½	80½ G.
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	98½ B.
do. H.	4½	98½ bz.B.
do.	5	101½ bz.B.
do. Brieg-Neisse	4½	— —
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4	—
do. do. III.	4½	— —
do. do. IV.	4½	
do. do.	5	102½ G.
Ostpreuss. Südbahn	5	101⅜ G
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	101½ G.
Schlesw. Eisenbahn	4½	—
Stargard-Posen III. Em.	4½	— —
Lemberg-Czernowitz	5	68¼ G.
do. do. II.	5	78 bz.
do. do. III.	5	69 B.
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	91½ bz.
do. do. neue	5	90 bz.
Kaschau-Oderberg	5	82¾ bz.
Kronpr. Rudolph-Bhn.	5	84¾ bz.
Mähr.-Schl. Centralbhn	5	79½ bz.
Oesterr.-Französische	3	293 bz.G.
do do. neue	3	284 B.
do. südl. Staatsbhn.	3	247 bz.
do. neue	3	246½ bz.
do. Obligationen	5	85⅞ bz.
Chemnitz-Komotau	5	91¾ bz.
Prag-Dux	5	85¾ bz B.
Dux-Bodenbach	5	87 B
Rockford Rock Island	7	29 bz.
Ung. Nordostbahn	5	73 bz.
Ung. Ostbahn	5	67¾ bz.
Warschau-Wien II.	5	— —
do. III.	5	— —

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1871	1872	Zf.	
Aachen-Mastricht	⅗	—	4	48¾ bz
Berg.-Märkische	7⅛	—	4	109à9½ bz
Berlin-Anhalt	18⅔	17	4	179⅞ bz
Berlin-Görlitz	0	3½	4	108 bz
Berlin-Hamburg	10⅞	12	4	223 bz G.
Berl.-Potsd.-Magd.	14	8	4	136½ bz B
Berlin-Stettin	11⅔	12⅞	4	184 bz B.
Böhm. Westbahn	8⅛	—	5	101 bz B.
Breslau-Freib.	9⅔	7½	4	111 bz
do. neue	—	—	5	104⅝ bz G.
Cöln-Minden	11⅕	—	4	151½à50 bz
do. do. neue	5	5	5	110 bz
Dux-Bodenbach B.	5	—	5	60 B.
Gal. C.-Ludw.-B.	3⅞	—	5	98⅞à¼ bz
Halle-Soran Guben	4	0	4	54 bz
Hannover-Altenb.	5	—	5	73¾ bz
Kaschau-Oderberg	5	5	5	74 bz
Kronpr.-Rudolfb.	5	5	5	73⅞ bz B.
Ludwigsh.-Bexb.	11⅔	11	4	183 bz
Märk.-Posener	0	0	4	52½ bz
Magdeb.-Halberst.	8⅔	—	4	131⅛ bz G
Magdeb.-Leipzig	15	4	4	254 bz B.
do. Lit. B.	4	4	4	97 bz B.
Mainz-Ludwigshaf.	11	11 6/10	4	168 bz
Ndrschl.-Märk.	4	4	4	95 G.
Ndrschl.-Zweigb.	5	—	4	—
Oberschles. A. u. C.	13⅔	13⅔	3½	181¼ bz
do. B.	13⅔	13⅔	3½	159 bz
Oestr.-Fr.-St.-B.	12	12	5	198¾à8 bz
Oester.-Nordwestb	5	5	5	128⅞à¼ bz
Oestr. südl. St.-B.	4	4	5	113½à3 bz
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	44 bz G.
Rechte O.-U.-Bahn	3	6	5	124½ bz
Reichenberg-Pard.	4⅔	4½	4½	75 bz G
Rheinische	10	—	4	142½à41⅝ bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	40⅝ bz
Rumän. Eisenb.	8⅔	—	5	43 bz G.
Schweiz. Westbahn	2	—	4	50⅜ bz B
Stargard-Posener	4½	4½	4½	99½ bz
Thüringer	10⅔	9	4	135 bz G.
Warschau-Wien	12	—	5	82¾ B.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	5	5	103⅞ bz G.
Berlin Nordbahn	—	5	5	62⅞ bz
Breslau-Warschau	5	—	5	50 bz B
Halle-Soran Guben	5	2½	5	73¾ bz G.
Hannover-Altenb.	5	—	5	86 bz
Kohlfurt-Falkenb.	2½	5	5	87⅞ bz
Märk.-Posener	1½	0	5	74 bz G
Magdeb.-Halberst.	3½	5	3½	81 bz G.
Ostpr. Südbahn	0	0	5	79⅝ bz
Rechte O.-U.-Bahn	5	6	5	123 bz
Saal-Bahn	—	5	5	79 bz

Bank- und Industrie-Papiere.

AngloDeutscheBk	—	7⅓	5	93⅞ G.
Berliner Bank	15	14	4	106 bz G
Berl. Bankverein	16	18	5	29¼ bz
Berl. Kassen-Ver.	12⅗	29 3/10	4	278 G.
Berlin. Hand.-Ges.	12⅔	—	4	149⅞ bz G.
Berl. Lombard-Bk	5	11¼	5	81 bz B.
Berl. Makler-Bank	25⅔	11	4	91⅞ bz
Berl. Prod.-Makl.-B	—	8½	4	92½ bz G.
Berl. Wechslerbnk.	12⅔	0	5	50 bz G
Braunschw. Bank	8½	8⅔	5	118 bz G.
Bresl. Disc.-Bank				
Friedenthal u. C.	12	10	4	104 bz G.
Bresl. Handels-Ges.	—	9	5	86¼ B.
Bresl. Maklerbank	—	30	4	122 G.
BreslMakl-Ver.-Bk	4½	7	4	98 B.
BrProvWechslerB.	—	12	4	97 G.
Brsl. Wechslerbnk.	12	12	4	105 bz G.
Centr.-Bk. f. Genos.	12	14	4	121 bz G.
CoburgerCred.-Bk	10⅔	7¼	4	95⅞ bz G.
Danziger Priv.-Bk.	7	7	4	114 G.
Darmst. Creditb.	15	15	4	176 bz G.
Darmst. Zettelbank	8	7	4	106½ bz G.
Dessauer			4	14⅞ bz
Deutsche Bank	6	8	4	99⅜ bz
DeutscheUnionsbk.	11⅔	9½	4	98⅞ bz G.
Disc.-Com.-A.	24		4	249⅞ bz
Genfer Bank	—		5	4 bz
Genossensch.-Bnk.	10⅔	10⅔	4	130 bz G
do. junge	—		4	128¾ G
Gewb. Schustern. C.	10⅔	10	4	115 bz
Goth. Grundcred.-B	9	9½	4	109 bz B.
Hamb. Nordd. Bk.	12⅗	13⅔	4	167½ bz
do. Vereins-Bk.	11⅔	13⅔	4	122 G.
Hannover'sche do.	5⅗	6 6/10	5	104⅝ bz G.
do. Disconto-Bk.	—	5	4	77⅞ B.
Hessische Bank.	—	6⅔	4	78 bz B
Königsberger do.	11	8	5	80 bz G.
Landw.-B. Kwileck	14	—	4	81 G.
Leipz. Credit-Bnk.	11	15	5	175½ bz G
Luxemburger do.	12	12	4	134 B.
Magdeburger do.	5⅔	5⅔	4	105 bz G.
Meininger do	12	12	4	138 bz G
Moldauer Lds.-Bk.	6		4	64 B.
Ndrschl. Cassenver.	12	15	4	119¾ bz
Nordd. Grundcr.-B	8	13¾	4	111¼ bz
Oberlausitzer Bnk.	10⅔	8 8/10	5	93 bz G.
Oest. Credit-Actien	17⅔	18⅔	5	178½à7 bz
Ostdeutsche Bank	—	8	4	87½ bz B
OstdProducten-Bk	—	8½	4	74 B.
Posener Bank	8⅗	6⅔	4	109 bz G.
Pos. ProvWechslb.	—	8	4	81 bz G.
Preuss. Bank-Act.	12 7/10	13¼	4	188¾ bz
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B	14	—	5	125 bz G.
Pr. Central-Bod. Cr.	8½	9½	5	125 bz B
Pr. Credit-Anstalt.	—	24	5	97 bz G.
Prov-Wechsler-Bk	—	7½	4	83 bz G
Sächs. B. 60% I. S.	10	12	4	148 bz
Sächs. Cred.-Bank	11	13	4	168½ bz
Schles. Bank-Ver.	12	14	4	145 bz
Schl. Vereins-Bank	—	9	5	98 bz
Thüringer Bank	9	14	5	124⅞ bz G
Ver.-Bk. Quistorp	15	18	5	151½ bz G
Weimar. Bank	7	8	4	112½ bz
WienerUnionbank	16½	5	5	99¾ bz
Berl. Eisenb. Bed.-A	10⅔	11½	5	179½ B.
Görlitzer do.	0	0	5	65¼ bz G.
Oberschles. do.	5	14	5	45¼ bz
Märk. Schl. Masch.-G	—	—	5	57 bz B.
Nordd. Papierfabr.	8 1/10	8	5	92¾ bz B.
Westend, Comm.-G	16	17	5	170 bz G.
Baltischer Lloyd.	10	0	5	58 bz G.
Bresl. Bierbrauerei	7	—	5	67 bz
do. verein. Oelfab.	—	—	5	73 G.
Bresl. E-Wagenbau	7	7½	5	78 bz G.
Erdm. Spinnerei.	—	9	5	81¾ bz G.
Hoffm's Wagg. Fab.	—	6	5	64½ bz G
S. Act. Br. (Scholtz)	9	—	5	77 G.
do. Porzellan	—	7	5	95 bz
Schl. Leinenindust	10	—	5	104¼ bz G.
Schl. Tuchfabrik	11	—	5	93 G.
do. Wagenb. Anst.	—	9	5	78 bz G
Donnersmarkhütte	—	—	5	86 bz G.
Königs- u. Laurah.	3⅔		5	342 bz G.
Lauchhammer	7	—	4	105 bz B
Marienhütte	—	—	4	113¾ bz G
Minerva	0	—	5	22 G.
O.Schl Eisenwerke	—	11	5	81½ bz G
Redenhütte	—	10		100 bz
Schl. Kohlenwerk	—	—		110 bz B.
Schles. Zinkh.-Act.	8	8	4	106¼ bz
do. St.-Pr.-Act.	8	8	4	106⅝ bz
Tarnowitz. Bergb.	9	20	4½	273 bz G.
Hyp. Pfdb. d. Pr. Bod	—	—	5	99½ G.
Pomm. Hyp.-Briefe	—	—	5	100¼ G.
Goth. Präm.-Pfndb.	—	—	5	102⅞ bz
MeiningerPrämPf.	—	—	5	95 bz
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12	16⅘	4	124 bz G
Schles. Feuervers.	20	17½	4	120 G.

Bank-Discont 6 pCt.
Lombard-Zinsfuss 7 pCt.

Posen, 19. Mai. [Producten-Bericht von Lewin Berwin Söhne.] Roggen: (pro 1000 Kilogramm) fest. Kündigungspreis 57. Gek. — Wspl. Mai 57 bez. u. G., Mai-Juni 56—56¼ bez. u. G., Juni-Juli 56 bez. u. Br, Juli-August 54¼ bez. u. G., August-September 53½ G., Herbst 52¾ bez. u. G., 53 Br. — Spiritus (pro 10,000 Liter %) behauptet. Kündigungspreis 17⅔. Gek. 5000 Liter. Mai 17 13/24—17⅔ bez., Juni 17⅔ bez. u. G., Juli 18 1/12—⅙ bez. u. Br., August 18⅔ bez. u. G., September 18⅓ bez., October —.

Posener Markt-Bericht. Weizen: begehrt, pro 1050 Kilogramm feiner 95—100 Thlr., mittel 85—90 Thlr., ordinär und defect 75—80 Thlr. — Roggen: gefragt, pr. 1000 Kilogr. feiner 56—58 Thlr., mittel 53—55 Thlr., ordinär 50—52 Thlr. — Gerste: höher bezahlt, pr. 925 Kilogr. feine 51—54 Thlr., mittel und ordinär 46—49 Thlr. — Hafer: beachtet, pr. 625 Kilogramm feiner 30—33 Thlr., mittel u. defect 27—29 Thlr.

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Pest, 20. Mai. Der Pester „Lloyd" veröffentlicht den Wortlaut des Schreibens des Finanzministers Pretis vom 16. Mai an den ungarischen Finanzminister, worin er für das Entgegenkommen der ungarischen Regierung bei der Suspension der Bankacte dankt, erklärt, das Verlangen der ungarischen Regierung betreffs Erhöhung der Dotation der ungarischen Bankfilialen bei der Nationalbank wärmstens befürwortet zu haben und den Beschluß der Nationalbank mittheilt, wonach dieselbe nicht nur alle gesunden Bedürfnisse des ungarischen Handels und der ungarischen Industrie zu befriedigen Willens ist, sondern auch die Dotation der Pester Filiale um 4 Millionen vorläufig auf die Dauer von 3 Monaten erhöht.

Paris, 20. Mai. Dem gestern in der Nationalversammlung eingebrachten Gesetzentwurfe über die Organisation der öffentlichen Gewalten ist ein Exposé beigefügt, welches eine Entwicklung der Motive der Vorlage enthält. Dasselbe weist darauf hin, daß die Republik die gesetzliche Form der Regierung sei, der indessen ihr provisorischer Charakter und die Lücken ihrer Organisation nicht hinreichende Stärke und Festigkeit gäben, um die wachsende Beunruhigung der Gemüther zu beseitigen, den Parteigeist zu entmuthigen und die dreisten Anmaßungen desselben zu bemeistern. Der erste Gegenstand, mit dem sich die Vorlage beschäftige, sei deshalb die Herstellung einer regelmäßigen republikanischen Regierung. Die Republik sei gegenwärtig die natürliche und nothwendige Regierungsform; nach ihrer Organisirung werde die Regierung energisch die Ordnung und die conservative Republik vertheidigen. Der allgemeine Gedanke, welcher dem Gesetzentwurfe zu Grunde liege, ohne in demselben förmlich proklamirt zu werden, sei die positive Organisation der republikanischen Regierung. Nach dem Entwurfe sollten eine Kammer und ein Senat errichtet werden, die beide aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorzugehen hätten, die Senatoren seien indessen nur aus gewissen Kategorien der Staatsangehörigen zu wählen, namentlich aus ehemaligen Mitgliedern der gesetzgebenden Versammlungen. Aus jedem Departement sollten 3 Senatoren und der Senat überhaupt auf 10 Jahre gewählt werden, jedoch alle 2 Jahre eine theilweise Erneuerung desselben stattfinden. Was die Wahlen zur Deputirtenkammer angehe, sei die Abstimmung nach Listen abgeschafft und anstatt dessen die Wahl nach Arrondissements eingeführt, deren jedes einen Abgeordneten zu ernennen habe. Dem Senat sei das Recht beigelegt, auf Antrag des Präsidenten der Republik die Kammer aufzulösen. Der Präsident der Republik selbst solle durch eine besondere Versammlung (den Präsidentschafts-Congreß) gewählt werden, der aus den beiden vereinigten Kammern und aus Delegirten der Generalräthe bestehe, deren jeder 3 ernenne. Die Wahl des Präsidenten geschehe ebenso wie diejenige der Kammer auf 5 Jahre. Das Exposé schließt mit den Worten, daß vermöge dieser Einrichtungen die Republik ihren conservativen Charakter bewahren könne, und so lange sie conservativ bleibe, aber nicht länger, werde sie von Dauer sein. (Weitere Ausführung der in Nr. 233 mitgetheilten Depesche.)

Versailles, 20. Mai. In der heutigen Sitzung der National-Versammlung constituirten sich zunächst die Bureaus. Von den Vorsitzenden derselben, welche alsbald gewählt wurden, gehören 13 der Rechten oder dem rechten Centrum, 2 dem linken Centrum an. Bei der hierauf vorgenommenen Wahl eines Präsidenten der National-Versammlung erhielt Buffet 359 Stimmen, 289 Stimmen fielen auf Martel, Buffet ist somit gewählt. Als Vicepräsidenten gingen aus der Wahl hervor: Goulard, Benoist d'Azy und Vitet. Martel erhielt keine genügende Majorität. Vom Justizminister Dufaure wurde das neue Wahlgesetz vorgelegt. Die Regierung hat ihr Einverständniß damit erklärt, daß die Debatte über die Interpellation der Rechten betreffs einer Modification des Ministeriums in entschiedenen conservativem Sinne am Freitag stattfinde.

Genf, 20. Mai, Morgens. In der gestrigen Sitzung des großen Raths beantwortete der Präsident des Polizeidepartements, Girod, eine Interpellation, die sich über die verfügte Ausweisung mehrerer ausländischer Flüchtlinge, welche sich hier aufgehalten hatten, mißbilligend aussprach. Derselbe wies nach, daß er sich streng innerhalb der Grenzen seiner Competenz gehalten habe, daß die Flüchtlinge aber des ihnen von der Schweiz gewährten Asyls sich unwürdig erwiesen hätten und erklärte, daß er in ähnlichem Falle gegen Alle, welche den Gesetzen des Landes sich nicht fügen wollten, in der nämlichen Weise vorgehen würde. Es wurde dem Zwischenfalle keine weitere Folge gegeben. Zu den Ausgewiesenen gehören Lyrille und Coeur de Roiz. — Pater Hyacinth vollzog am letzten Sonntag drei Taufen und mehrere Communionen; ein sehr zahlreiches Publikum wohnte den heiligen Handlungen bei.

Solothurn, 20. Mai. Der Cantonalrath hat bei Berathung des neuen Strafgesetzes mit 70 gegen 11 Stimmen die Aufhebung der Todesstrafe beschlossen und eine strafgesetzliche Bestimmung über den Mißbrauch der Kanzel in das Strafgesetzbuch aufgenommen.

London, 20. Mai. Das Unterhaus hat in seiner gestrigen Sitzung das Marinebudget genehmigt.

Newyork, 19. Mai. Nach hier eingetroffenen Nachrichten ist in Panama eine Revolution ausgebrochen und hat ein Kampf zwischen der Miliz und den das stehende Heer bildenden Soldaten stattgefunden. Der Admiral Steedmann, welcher sich mit dem Kriegsschiffe „Ensacola" dort befindet, hat das Eigenthum der Ausländer unter seinen Schutz genommen und beiden Parteien den Rath gegeben, Oberst Pernet zum Präsidenten zu ernennen.

Newyork, 19. Mai. Nach einer Meldung aus Havanna ist der Hamburger Postdampfer „Germania" aus der Quarantäne entlassen worden und der Hamburger Dampfer „Silesia" dort angekommen.

Washington, 19. Mai. Pierrepont hat die Uebernahme des Postens als Gesandter der Vereinigten Staaten bei dem Cabinette von Petersburg ausgeschlagen. — Von der mexikanischen Grenze gehen aufs Neue Nachrichten von dort stattgehabten Verheerungen und Plünderungen der Ansiedler ein.

Verantwortlicher Redacteur Dr. Stein. (In Vertretung: Dr. Weis.)
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.